Donnerstag, den 18. Februar 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 41

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,46 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Um die Genfer Ratssitze.

Deutschlands Aufnahmegesuch wird keinesfalls zurückgezogen.

Paris, 17. Februar. (Eig. Drahtb.) Der deutsche Botschafter in Paris hatte am Mittwoch über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine neue Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand. In der Aussprache wurde u. a. auch das Thema einer eventuellen Erweiterung des Völkerbundsrates erörtert. Entgegen anderslautenden Meldungen trifft es nicht zu, daß im Verlauf der diplomatischen Aktion Deutschland die Drohung hat aussprechen lassen, daß es evtl. sein Aufnahmegesuch in Genf zurückziehen werde.

* * *

London, 18. Februar. (Funkbericht.)

Der englische Außenminister erklärte in der Mittwochsitzung des Unterhauses, daß die englische Regierung mit den britischen Dominions in einem fortgesetzten Gedankenaustausch über eine etwaige Erweiterung der Sitze im Völkerbundsrat steht. Auf die Frage eines Abgeordneten der Arbeiterpartei, ob es nicht besser sei, daß Kanada statt Brasilien einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhält, antwortete Chamberlain ausweichend. Immerhin waren seine Bemerkungen insofern auffallend, als er feststellte, daß bei der Gründung des Völkerbundsrates auch für das englische Weltreich nur ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat vorgesehen worden sei. Inwieweit der Inhaber dieses Sitzes mit der Autorität für das britische Weltreich sprechen könne, hänge natürlich von der Natur der zu behandelnden Fragen ab.

Die Arbeiterpartei beschloß in ihrer Dienstagsitzung, im Unterhause eine Entschließung vorzulegen, in der der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund begrüßt und dem deutschen Wunsch nach einem ständigen Ratssitz Unterstützung zuteil wird.

* * *

Genf, 18. Februar. (Eigener Funkbericht.) Der Hauptwiderstand gegen die Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Polen dürfte, wie in Kreisen des Völkerbundes erwartet wird, von England ausgehen. Man führt diese Haltung der englischen Regierung auf den Einfluß Londoner Finanzkreise zurück. Schweden wird sich bei einer Abstimmung der Stimme enthalten. Da aber für die Aufnahme eines neuen Mitgliedes in den Völkerbundsrat Einstimmigkeit der Mitglieder Voraussetzung ist, erwartet man, daß Frankreich in London eine Demarche vornehmen wird.

* * *

Paris, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Aufnahmeformalitäten Deutschlands in den Völkerbund glaubt der Genfer Korrespondent des „Intransigeant" folgende Einzelheiten mitteilen zu können:

Der Völkerbundsrat werde am Vormittag des 8. März eine vorbereitende Sitzung abhalten und der am Nachmittag zusammentretenden Vollversammlung die Aufnahme Deutschlands in den Bund vorschlagen. Diese werde dann zwei Kommissionen ernennen, die die Formalitäten für die Aufnahme, sowie den von Deutschland aufzubringenden Anteil an den finanziellen Kosten des Völkerbundes festzusetzen haben werde. Deutschland werde voraussichtlich den gleichen Anteil aufzubringen haben wie Frankreich, das heißt 80 Einheiten. Die Bedingungen, die Deutschland bei seinem Eintritt zu erfüllen habe, würden von der politisch-juristischen Kommission mit einem Vertreter der deutschen Regierung, wahrscheinlich Herrn v. Schubert, im Einzelnen beraten werden. Deutschland werde sich unter anderem feierlich verpflichten müssen, die in der Völkerbundssatzung niedergelegten internationalen Rechte und Pflichten anzuerkennen und getreulich innezuhalten. Die Erledigung dieser Formalitäten werde wahrscheinlich drei bis vier Tage in Anspruch nehmen, so daß die offizielle Aufnahme Deutschlands in den Bund voraussichtlich nicht vor dem 12. März erfolgen werde. Gleichzeitig mit der Aufnahme werde die Vollversammlung die Zuteilung eines permanenten Sitzes an Deutschland beschließen. Erst danach werde der Völkerbundsrat sich mit der Frage der eventuellen Vermehrung der Zahl der ständigen Sitze befassen und voraussichtlich mit Einstimmigkeit die Aufnahme Spaniens als ständiges Mitglied des Rates beschließen. Der Gedanke einer Zuteilung weiterer permanenter Sitze an andere Nationen sei fallengelassen worden; dadurch werde die Zahl der nichtpermanenten Sitze voraussichtlich um drei auf acht erhöht werden. Für einen dieser drei neuen Sitze habe bereits Polen seine Kandidatur angemeldet, und es sei wahrscheinlich, daß diese in der Vollversammlung eine ausreichende Mehrheit finden werde. Je einer der beiden anderen neuen Sitze werde an Südamerika und an China fallen.

*

Aus einer amtlichen Meldung, die auf Grund der inzwischen abgeschlossenen Verhandlungen zwischen dem Generalsekretär des Völkerbundes und dem Reichsaußenminister herausgegeben wird, ist ersichtlich, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht vor dem 15. März zu erwarten ist. Die Erledigung der Formalitäten des Eintritts dürfte also, da der Völkerbund bereits am 8. März zusammentritt, genau acht Tage in Anspruch nehmen. In der amtlichen Verlautbarung heißt es über die Aufnahme deutscher Staatsangehöriger in das Sekretariat des Völkerbundes wie folgt:

„Der Generalsekretär hat dabei das übliche Verfahren bei diesen Ernennungen dargelegt. Die allgemeine Formel für die Ernennung dieser internationalen Beamten besagt, daß ihre Auswahl seitens des Generalsekretariats zu erfolgen hat, aber von der Zustimmung des Völkerbundsrates abhängig bleibt. Selbstverständlich würde der Generalsekretär im Völkerbundsrat keine Kandidaten vorschlagen, gegen die die Regierung des Staates, dem sie angehören, ernstliche Einwendungen erheben könnte. Dabei ist nicht zu vergessen, daß bei den mit diesen Ernennungen zusammenhängenden Budgetfragen die Völkerbundsversammlung das letzte Wort zu sagen hat. Indes ist es in Völkerbundskreisen immer für selbstverständlich gehalten worden, daß Deutschland in dieser Frage als Großmacht behandelt werden muß."

Deutschnationale Geldgeber der Fememörder.

Im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags zur Klärung der Beziehungen zwischen Fememördern und deutschnationalen Abgeordneten und den Arbeitgeberverbänden gab am Mittwoch ein Vertreter des Justizministeriums Kenntnis von einem Sachverständigengutachten, das im Auftrage der Staatsanwaltschaft über den Geldverkehr zwischen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und dem Zentralverband deutscher Landarbeiter abgefaßt wurde.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Lemmer, Generalsekretär des Deutschen Gewerkschaftsringes, bekundete dann, als Zeuge unter anderem: Als schwere Anklagen gegen die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wegen Hergabe von Geld für dunkle politische Zwecke lange Zeit unwidersprochen blieben, sei er der Sache nachgegangen. Auf eine Aufforderung an Herrn v. Zengen, eine eidesstattliche Erklärung über das Darlehn an Herrn Behrens abzugeben, wurde nicht geantwortet. Erst später teilte die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände mit, daß ein Untersuchungsausschuß gebildet sei, um zu prüfen, ob ein Vergehen vorliege. Diese Untersuchung hat zur Entlassung v. Zengens geführt. Auf Befragen teilt der Abg. Lemmer ferner mit, das Vorstandsmitglied des Landarbeiterverbandes, Sauer, das politisch dem Zentrum angehöre, habe gegen seine Kollegen Meier und Behrens schwere Vorwürfe und die Anschuldigung erhoben, daß ein Darlehn von 5000 Mark an Oberleutnant Schulz gegeben worden sei. Im Anschluß an die Bekundungen Lemmers kann Abg. Brandenburg (Soz.) dem Ausschuß mitteilen, daß das Vorstandsmitglied des Deutschen Landarbeiterverbandes, Sauer, inzwischen nach einem anderen Orte versetzt worden ist.

Als nächster Zeuge wurde der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Behrens vernommen. Er äußerte sich zunächst über den Zentralverband der Landarbeiter als Gewerkschaftsorganisation im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Merkwürdigerweise will der Zeuge keine Kenntnis gehabt haben von dem „Ausschuß für nationale Aufklärung", der innerhalb des Zentralverbandes bestand.

Vom Vorsitzenden über das 5000-Mark-Darlehn der Arbeitgeberverbände befragt, ergeht sich der Zeuge Behrens in langen Ausführungen über das Zustandekommens dieses Darlehens. Dabei bekundet er auch, daß später in einem Weinrestaurant eine Unterredung zwischen ihm, dem Abgeordneten Meier, dem Geschäftsführer des Zentralverbandes, Malettke, und den beiden Vertretern der Arbeitgeberverbände, v. Zengen und Dr. Meißinger, stattgefunden habe.

Im Verlauf der weiteren Vernehmung gibt Behrens zu, daß die 5000 Mark Darlehen nicht zur Zurückzahlung an die Reichskreditanstalt, sondern zugunsten des Oberleutnants Schulz zur Verfügung gestellt worden sind. — Vors.: Kannten Sie Schulz? — Behrens: Jawohl, er war ja als Organisator für die Landgenossenschaften angestellt. Er wurde uns von allen Stellen empfohlen, bei denen wir Auskünfte einholten. Wir haben die Ueberzeugung, daß Schulz Unrecht geschieht. — Vors.: Ist Ihnen nicht in den Sinn gekommen, daß es nicht in Ordnung sein könnte, wenn mit Kreditmitteln der Arbeitgebervereinigung Schulz beigesprungen wird? — Zeuge Behrens (mit erhobener Stimme): Weil wir glauben, daß bei der Verfolgung von Schulz lediglich politisches Interesse aus der Zeit seiner Tätigkeit bei der Schwarzen Reichswehr maßgebend ist, haben wir geglaubt, ihm die Mittel verschaffen zu müssen. — Vors.: Wußten Sie, daß Schulz früher bei der Schwarzen Reichswehr war? — Behrens: Jawohl. Schulz hat mir ausdrücklich versichert, nichts Strafbares getan zu haben. Ich glaube nicht, daß er am Küstriner Putsch beteiligt war.

In der Nachmittagssitzung wurde die Vernehmung des Zeugen Behrens fortgesetzt. Abg. Brandenburg (Soz.) bezeichnete es als merkwürdig, daß eine Unternehmer-Organisation an eine Arbeitnehmer-Organisation zinslose Darlehen gebe. Außerdem habe v. Zengen offen bekundet, daß es ihm darauf ankam, die christlichen Gewerkschaften in die Finger zu bekommen. Demgegenüber erklärt Behrens: Wenn ich geahnt hätte, daß wir verpflichtet werden sollten, hätte ich sofort einen Händedruck abgelehnt.

Während Reichstagsabg. Behrens weiter durch allerlei Winkelzüge die christliche Verbandsleitung von dem Verdacht reinigen wollte, sie habe von den Arbeitgebern Geld genommen, gab sein Kollege Meyer die Tatsache ziemlich unverblümt zu. Besonders kam es Herrn Behrens darauf an, zu bestreiten, daß er gleich von Anfang an gewußt habe, das Darlehn der Arbeitgeber sei letzten Endes für die Unterstützung des Fememörders Schulz bestimmt. Meyer aber erklärte, daß zunächst einmal die Arbeitgebervereinigung, und zwar nicht nur der jetzt ausgediente Herr v. Zengen, sondern der noch immer amtierende Dr. Meißinger, von dem Zweck des Darlehns unterrichtet war, das dazu dienen sollte „die Beköstigung und Verteidigung des Untersuchungsgefangenen Schulz zu ermöglichen" (später zu einem Fluchtversuch benutzt wurde).

Die weitere Vernehmung Meiers findet am Donnerstag statt.

Volksentscheid auf alle Fälle!

Sozialdemokratische Abwehr kommunistischen Geredes.

Im Rechtsausschuß des Reichstages sprach sich der Zentrumsabgeordnete Bell am Mittwoch für eine Lösung der Fürstenabfindung auf der mittleren Linie aus. Der kommunistische Abgeordnete Neubauer glaubte, das Spiel der kommunistischen Presse auch im Rechtsausschuß fortsetzen und die Sozialdemokratie durch Verdächtigungen angreifen zu müssen. Ihm antwortete Genosse Dr. Rosenfeld mit folgender Erklärung:

„Die Frage des Abgeordneten Neubauer, wie die Sozialdemokratische Partei zum Volksentscheid, zur entschädigungslosen Enteignung und zum Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien steht, gibt mir willkommenen Anlaß, den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei darzulegen. Wir haben selbst im Rechtsausschuß einen Antrag eingebracht, der die entschädigungslose Enteignung der Fürsten fordert und wir werden alles tun, diesem Antrage zur Annahme zu verhelfen. Den Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien werden wir, wie bisher, zunächst zu verbessern suchen, wie wir ja auch sonst bei allen Gesetzentwürfen uns bemühen, ihre Gestaltung nach Möglichkeit zu beeinflussen. Ob wir in der Lage sein werden, für den veränderten Kompromißantrag zu stimmen, wird davon abhängen, inwieweit es uns gelingen wird, unsere Abänderungswünsche durchzusetzen. Wir werden zu dem Kompromißantrag erst Stellung nehmen, wenn seine endgültige Formulierung feststeht. Der Volksentscheid hat mit den Beratungen im Rechtsausschuß nicht das geringste zu tun. Die Sozialdemokratische Partei hat ihn beantragt und sie wird ihn selbstverständlich durchführen."

* * *

Wie wir einem anderen Bericht über dieselbe Sitzung entnehmen, hat der Kommunist Neubauer in seiner Rede gegen den bürgerlichen Kompromißantrag ausgeführt, die Antragsteller hätten besser damit getan, den demokratischen Antrag Koch anzunehmen. Zentrum und Volkspartei haben sich aber wiederum gegen diesen Antrag ausgesprochen, der in Anlehnung an einen vor der Inflation eingebrachten sozialdemokratischen Antrag gesetzliche Regelung durch die Länder statt eines Sondergerichts verlangt.

Was der Kommunist Neubauer sagte, ist genau das gleiche, wofür die KPD. neuerdings unseren Genossen Landsberg so häßlich angreift, der es — einige Tage zuvor sagte. Die „Rote Fahne" hatte angekündigt, Neubauer würde in dieser Sitzung die Landsberg-Clique" „zerschmettern". Statt dessen ist er ihr ohne ein Wort der Polemik vernünftigerweise beigetreten. Wozu also das große Geschrei kurz vor dem gemeinsamen Kampf für das Volksbegehren und den Volksentscheid, bei dem es auf alle Fälle bleibt? Auch Neubauer will doch jetzt, für den Fall des Mißlingens dieser notwendigen Aktion, wenigstens durch Verbesserung der bürgerlichen Anträge vorsorgen.

Ein Vorstoß für die alten Kriegsanleihezeichner.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Die Reichsregierung zu ersuchen, Anweisung zu geben, daß die nach dem Anleihe-Ablösungsgesetz bedürftigen Altbesitzer in den Fällen, in denen der Anspruch unbestritten ist, für die Zeit ab 1. Januar 1926 sofort, in den Fällen, in denen noch Nachweise zu erbringen sind, durch beschleunigte Behandlung alsbald ausgezahlt wird.

Das italienische Schuldenabkommen mit Amerika nicht ratifiziert.

Newyork, 17. Februar. (Eig. Drahtb.) Die Drohreden Mussolinis an die Adresse Deutschlands haben die Opposition der Republikanischen Partei gegen die Ratifizierung des italienischen Schuldenabkommens stark anschwellen lassen. Es wird offen erklärt, daß die Vereinigten Staaten keinen Anlaß hätten, die Herrschaft des italienischen Faschismus durch den Abschluß eines günstigen Schuldenabkommens zu unterstützen. Infolgedessen soll die Ratifizierung sämtlicher in letzter Zeit zwischen den Vereinigten Staaten und europäischen Mächten zustandegekommenen Schuldenabkommen durch den Senat zurückgestellt werden.

Justizdebatte im Reichstag.

Tirpitz ist außer Dienst nicht mehr strafbar!

Die Etatsberatung wird fortgesetzt bei dem Haushalt des Reichsjustizministeriums.

Abg. Dr. Korsch (Komm.) begründet einige Anträge und Entschließungen, wonach die Regierung ersucht werden soll, in Einzelvorlagen die dringlichsten Reformen des Strafrechts, des Strafverfahrens und des Strafvollzuges einzuleiten, weiter die Urteile im Leipziger Tscheka-Prozeß, ebenso die sonstigen Urteile des Staatsgerichtshofes zu kassieren, die sich gegen die Propaganda für die Kommunistische Partei richteten. Schließlich wird ein Gesetzentwurf gewünscht, durch den die Ehescheidung erleichtert und die Rechtsstellung der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes verbessert werde.

Abg. Haas (Dem.) erklärt, daß tatsächlich das Vertrauen zur Rechtsprechung in bedenklichem Maße geschwunden sei, es müsse ernstlich geprüft werden, in welchem Umfange die an der deutschen Justiz geübte Kritik berechtigt sei. Aus der Fülle des dazu vorliegenden Materials greift der Redner einige Fälle heraus. In einem Hamburger Blatt wurde dem Reichsaußenminister Stresemann Landesverrat und dem jetzigen Reichsjustizminister Marx antinationale Gesinnung vorgeworfen. Es wurde Klage erhoben, und der Angeschuldigte erhielt ganze 100 Mark Geldstrafe. Der Richter, der heute noch amtiert, erklärte, daß die Grenzen berechtigter Kritik nicht allzu sehr überschritten worden seien. Ganz anders ist man gegen den Landgerichtsrat Kroner wegen Beleidigung der Richter im Magdeburger Ebert-Prozeß vorgegangen. (Sehr richtig!) Weite Kreise der Republikaner haben das Gefühl, daß sie vor den Gerichten nicht mehr Recht finden können. Nur in Baden ist es damit noch etwas besser bestellt. Außenpolitisch setzt uns die deutsche Rechtsprechung fortwährend in Verlegenheit. Bezeichnend dafür ist besonders der Fall Wandt. Auch das Verhalten der Gerichte in den Fememordprozessen muß im Ausland den Eindruck erwecken, als ob wir etwas zu verheimlichen haben. Bei dem Berliner Fememordprozeß fragte jedermann: Wer sind die Hintermänner? Warum hat das Gericht nichts unternommen, um diese Hintermänner festzustellen? Es ist notwendig, Kritik an der Justiz zu üben, aber wo bleibt die richterliche Freiheit, wenn einem Sozialdemokraten von einem Gericht das Recht abgesprochen wird, von objektiver Klassenjustiz zu reden! Wir müssen dafür sorgen, daß die deutsche Rechtsprechung wieder Vertrauen im Volke gewinnt. (Beifall.)

Abg. Hampe (Wirtsch. Vgg.) wendet sich dagegen, daß zu diesem Etat Anträge gestellt werden, die lediglich agitatorischen Wert hätten. Durch den Antrag, die Beteiligung von Beamten am Zweikampf mit Dienstentlassung zu bestrafen, solle ein Ausnahmegesetz geschaffen werden.

Abg. Emminger (Bayr. Vpt.): Eine der schwierigsten Fragen sei die Ueberlastung der Gerichte, und diese sei durch die Gesetzgebung des Reichstages noch verschärft worden. Die Durchführung des Aufwertungsgesetzes sei durch die Arbeit des Reichsjustizministeriums wesentlich erleichtert. Wenn der Staatsgerichtshof aufgehoben ist, dann müsse der Etat des Reichsgerichts, das dadurch vermehrte Arbeit erhalte, erhöht werden. Es müsse eine höchste Rechtsinstanz geschaffen werden, die nachzuprüfen habe, ob die im Reichstag beschlossenen Gesetze mit der Verfassung in Uebereinstimmung seien. Auch die Richter wüßten, daß Mißgriffe vorkämen, aber sie wendeten sich gegen die übertreibende Kritik (!).

Abg. Dr. Frick (Völk.) weist darauf hin, daß der Ausnahmezustand in Bayern zwar aufgehoben sei, aber tatsächlich habe sich an den Zuständen selbst nicht das geringste geändert.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) führt in einer Interpellation Beschwerde darüber, daß das Landgericht I in Berlin dem Antrag der Verteidigung auf Ablehnung einer Schöffin stattgegeben hat, weil diese in einem Prozeß wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften als „durch Geschlecht und Erziehung zu ungunsten des Angeklagten voreingenommen" und die Verteidigung „mit Rücksicht auf das Schamgefühl" behindert sei, alles zur Aufklärung des Sachverhalts Notwendige vorzubringen.

Reichsjustizminister Dr. Marx

antwortet, grundsätzlich müsse den Frauen das Recht der Teilnahme als Schöffin in allen Prozessen gewahrt werden. In Sittlichkeitsprozessen gerade sei die Mitwirkung von Frauen ein Vorteil. Er geht dann auf verschiedene Einzelfragen der Abgeordneten ein. Ueber die Beibehaltung des Güteverfahrens werde bei der allgemeinen Zivilprozeßreform entschieden werden. Die Einsetzung eines Gerichtshofes zur Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen werde demnächst vorgenommen werden; der Gesetzentwurf sei schon in Vorbereitung. Abg. Dr. Haas habe im allgemeinen eine zulässige Kritik an der Rechtsprechung geübt, sei aber zu weit gegangen mit der Behauptung, daß der Republikaner vor deutschen Gerichten sein Recht nicht finde. Es ist richtig, so fährt der Minister fort, daß der Schutz der Republik namentlich derjenigen, die die Staatsgeschäfte der Republik zu besorgen haben, von manchen Richtern nicht so wahrgenommen worden ist, wie es wünschenswert gewesen wäre. Wir können nicht von jedem Richter Sympathie für die Republik verlangen, aber wir müssen fordern, daß jeder Richter sich zum Schutz der Republik verpflichtet fühlt. Davon hat es gefehlt, in dem von Dr. Haas angeführten Fall, wo Dr. Stresemann und mir der Vorwurf gemacht worden war, wir hätten für die Zustimmung zum Londoner Abkommen je eine halbe Million von der Entente bekommen. Aus dem außerordentlich milden Urteil des Magdeburger Gerichts habe ich damals die Folgerung gezogen, daß ich seit der Zeit als Reichskanzler überhaupt keinen Strafantrag mehr gestellt habe. (Hört! Hört! links.) Es sind das Unruhe-Erscheinungen, die immer mehr zurückgehen werden. Wir werden darüber wachen, daß das Recht gewahrt wird gegen hoch und niedrig. (Beifall.)

Abg. Dr. Moses (Soz.)

begründet eine Interpellation, die bereits im Januar des vorigen Jahres eingebracht worden ist und in der die Regierung folgendes gefragt wird:

„Seit Monaten wird dem Großadmiral von Tirpitz, Reichstagsabgeordneten und Ehrenvorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, öffentlich vorgeworfen, er habe sich widerrechtlich amtliche Dokumente angeeignet und sich Abschriften solcher Dokumente beschafft, um sie schriftstellerisch zu persönlichen Zwecken zu verwerten.

Hat die Reichsregierung ermittelt, ob im Reichswehrministerium, Marineabteilung und im Auswärtigen Amt wichtige amtliche Schriftstücke fehlen und sich im Besitz des Großadmirals von Tirpitz befinden?

Hat die Reichsregierung ein Ermittlungsverfahren wegen widerrechtlicher Aneignung amtlichen Materials veranlaßt?

Hat die Reichsregierung Sicherungen getroffen, daß Großadmiral von Tirpitz amtliches dokumentarisches Material ohne Erlaubnis der zuständigen Behörden nicht mehr veröffentlicht?"

Im vorigen Jahr wurde uns erst vom Reichswehrministerium gesagt, ihm gehe diese Sache nichts an, weil die Akten des Reichsmarineamts in das Reichsarchiv überführt worden seien. Beim Etat des Ministeriums des Innern stellten wir die Anfrage noch einmal, darauf antwortete Herr Schiele im Ausschuß, daß sich das Reichskabinett als solches mit der Sache beschäftigt und beschlossen habe, sie dem Reichsjustizministerium zu übergeben. Nun fragen wir jetzt zum drittenmal, wie es mit dieser Angelegenheit steht. Es handelt sich hier um einen Mann, der im Vordergrund des öffentlichen Lebens steht, gegen den fortgesetzt die schwere Beschuldigung erhoben wird, er habe sich widerrechtlich in den Besitz amtlicher Dokumente gesetzt und sie zu seinem persönlichen Vorteil benutzt. Er hat es bisher nicht für notwendig befunden, da zu zu äußern. Dabei ist zu bedenken, daß diese Anschuldigungen zuerst von altkonservativ-deutschnationalen Kreisen erhoben worden sind. Herr Beder von der „Deutschen Tageszeitung" hat zur Entlastung des Herrn Tirpitz darauf hingewiesen, daß die Dokumente ja vom Auswärtigen Amt veröffentlicht werden sollten, daß Tirpitz also kein Vorwurf treffe. Als Fechenbach das tat, was vordem Herr von Tirpitz in großem Umfange getan hat, nämlich Akten, die veröffentlicht werden sollten, an sich zu nehmen, wurde er wegen Beseitigung und Unterschlagung öffentlicher Dokumente außerordentlich schwer bestraft.

Nach § 11 des Beamtengesetzes darf sich kein Beamter amtliches Material aneignen und in seinem eigenen Interesse verwenden, auch nachdem das Dienstverhältnis bereits gelöst worden ist. Eine ärgere Verletzung der Beamtengesetzes gibt es nicht, als wenn die geheimsten Dokumente ohne Erlaubnis der Behörden, wie Herr Tirpitz es getan hat, veröffentlicht hat.

Er wollte dem Auswärtigen Ausschuß zuvorkommen und die schwersten Angriffe gegen andere Stellen richten, um sich selber wegen seiner Beteiligung an der Kriegsführung zu entlasten. Dazu hat er schon im Kriege und auch im Frieden ein umfangreiches Privatarchiv angesammelt, um es später verwerten zu können. Wir erwarten jetzt restlose Aufklärung dieser Sache. Wer im übrigen bis jetzt die deutsche Geschichtsschreibung geschädigt hat, das können wir ruhig der Geschichte selbst überlassen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Marx

beantwortet die Interpellation dahin, Großadmiral von Tirpitz habe sich amtliche Dokumente nicht angeeignet, sondern sich davon Abschriften machen lassen und sie veröffentlicht. Eine widerrechtliche Aneignung amtlicher Dokumente komme nicht in Frage. Auch die Veröffentlichung dieser Akten sei nicht strafbar, weil diese Veröffentlichung nicht geeignet war, die Sicherheit des Reiches zu schädigen. Disziplinare Maßnahmen seien nicht in Frage gekommen, weil von Tirpitz bei der Veröffentlichung nicht mehr im Amte war. Ob solche Veröffentlichung auch aus dem Amt heraus hätte verboten werden soll, werde bei der Beratung des neuen Beamtenrechts entschieden werden.

Das Ministergehalt wird bewilligt. Ein Zentrumsantrag auf Ermäßigung der Gerichtskosten wird angenommen. — Die weitere Spezialberatung wird auf Freitag vertagt. Auf der Tagesordnung steht außerdem der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Der Reichstagsausschuß streicht am Marineetat.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch bei der Beratung des Marineetats eine Entschließung angenommen, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, alsbald in Erwägung darüber einzutreten, wie die Beschaffung des gesamten Reichsbedarfs zur Erzielung möglichst großer Ersparnisse zentral eingerichtet und die zu vergebenden Gegenstände normalisiert werden können. Im übrigen nahm der Ausschuß wie bei dem Heeresetat auch bei dem Marineetat zahlreiche Streichungen vor: Von den Uebungsgeldern der Marineteile am Lande wurden 50 000 Mark, bei dem Titel Gefechts- und Geländeschießübungen 20 000 Mark abgesetzt. Bei den fortdauernden Ausgaben für den allgemeinen Werft- und Arsenalbetrieb wurden 1,5 Millionen Mark gestrichen, die Ausgaben für Minen-, Minensuch- und Sprengmunitionsbestände erfuhr eine Kürzung um 250 000 Mark, die für Unterhaltung und Ergänzung der Bestände an Torpedomaterial um 150 000 Mark. Von dem Titel Unterhaltung der Bestände des Sprengmaterials wurden 100 000 Mark gestrichen, die Ausgaben für Minen-, Minensuch- und Sprengdienstübungen wurden ebenfalls um 100 000 Mark gekürzt, 200 000 Mark wurden von der Summe für den Neubau eines Lagerhauses für das Maschinenbauamt gestrichen. Der Titel Wiederherstellung unbrauchbarer Geschütze wurde um 300 000 Mk. herabgesetzt. Für gründliche Instandsetzung der Wasserbomben statt 1 400 000 Mark bewilligte der Ausschuß nur 700 000 Mark. Für die Herrichtung eines alten Panzerschiffes zum ferngelenkten Zielschiff waren 2 300 000 Mark angefordert; davon wurde eine Million gestrichen.

Im Laufe der Aussprache streifte Genosse Moses die sanitären Verhältnisse in der Marine und die Selbstmorde. Bei der Marine wurden im Jahre 1922 insgesamt 12 Selbstmorde gezählt, 1923: 8, 1924 13 und 1925 14. Tödliche Unglücksfälle gab es 1922: 32, 1923: 7, 1924: 14 und 1925: 17. Im Jahre 1925 starben 31 Angehörige der Marine eines unnatürlichen, 17 eines natürlichen Todes. — Nach der Verabschiedung des Haushalts der Reichsmarine vertagte sich der Ausschuß auf Donnerstag.

Hindenburg will das Gesetz gegen das Offizierduell nicht verkünden.

Der „Vorwärts" stellt in seiner heutigen Morgenausgabe fest, daß der Reichspräsident Bedenken trägt, das Duellgesetz zu verkünden, weil es ein „Ausnahmegesetz gegen die Offiziere" darstelle. Das Blatt fährt dann fort: „Dieser Einwand ist auch im Reichstag erhoben, von den Sozialdemokraten aber entkräftet worden durch Erklärung ihrer Bereitwilligkeit, das Gesetz auf alle Beamten auszudehnen. Der Reichsjustizminister hat jedoch einem Antrag zur Verwirklichung dieses Gedankens widersprochen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die Materie bei der Neugestaltung des Strafgesetzes zu regeln."

Es soll jetzt aber nach der gleichen Quelle im Reichstag Geneigtheit bestehen, den Bedenken des Reichspräsidenten dadurch entgegenzukommen, daß entsprechend Artikel 72 der Reichsverfassung auf Verlangen eines Drittels des Hauses die Verkündung des Gesetzes für zwei Monate ausgesetzt wird. In der Zwischenzeit soll angeblich ein Gesetz erledigt werden, das auch für Beamte bei Duellvergehen die Strafe der Dienstentlassung ausspricht. Der Reichspräsident wird dann dieses Gesetz verkünden müssen, falls er nicht, was mehr als unwahrscheinlich ist, es vorzieht, die Entscheidung des Volkes anzurufen.

Aus dem Reiche.

Den bayerischen Hetzern gegen den Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe ist in der größten Not wieder einmal ein Helfer erstanden. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen gegen den Beschluß der Nürnberger Strafkammer, der Luppe völlig rehabilitierte, Beschwerde eingelegt. Man will den republikanischen Oberbürgermeister doch noch mit aller Gewalt hinter die Gefängnismauern bringen.

Deutschnationale „Kronzeugen". Vorgestern sollte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der „Kronzeuge" aus dem Magdeburger Landesverratsprozeß, Paul Gobert, wegen Betruges verantworten. Der Termin war schon wiederholt angesetzt, ohne daß Gobert erschienen war. Da er auch diesmal fehlte, beschloß das Gericht, ihn steckbrieflich zu verfolgen.

Ein Land ohne Altersgrenze. Die anhaltische Staatsregierung beschloß, in Zukunft die Dienstfähigkeit der Beamten nicht mehr auf 65 Jahre zu beschränken, sondern die Pensionierung nur nach Gesundheitszustand und Leistungsfähigkeit zu bewerten.

Eins.

Roman von Lawrence H. Desberry.

37] Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

„Das ist eine Geschichte, die den Alten charakterisiert." Er stockte. Black fühlte, daß seine Hände vor Aufregung kalt wurden; wollte der Mann doch weiterreden! Er mußte ihn reizen.

„Ich glaube fast, daß Sie dem Alten Unrecht tun; Sie sehen ihn mit den Augen Ihres Hasses, und . . ."

„Halten Sie das Maul, Sie verdammter Grünschnabel! Glauben Sie etwa, ich wisse nicht, was ich sage? Der Professor wurde zu Tode gemartert. Ja. Auch wenn Sie mich so ungläubig anschauen. Er war ein braver, alter Mann, dieser John Mannister . . . Was ist denn los? Weshalb fahren Sie so zusammen?"

„Ich verbrannte mir die Finger an der Zigarette!"

„Sie scheinen nicht mehr ganz nüchtern zu sein, junger Mann . . . Schadet nichts . . . Was sagte ich soeben? Ja, dieser John Mannister . . . Einige behaupten, er sei geflohen, ich aber glaube, er hat sich ertränkt, er hielt es nicht mehr aus, besaß gerade noch genug Verstand, um sich umzubringen. Uebrigens hinterließ der alte Narr Aufzeichnungen . . ."

„Ja? Die wären eigentlich eine ganz interessante Lektüre für einen Psychologen. Konnte ich sie einmal sehen?"

„Nein; was geht das Ganze Sie an? Die Aufzeichnungen muß ich für den Alten aufheben. Stellen Sie doch nicht immer die Flasche soweit fort, Doktor."

Ley trank ein Glas nach dem anderen. Nun vermochte er bereits nur noch zu lallen. Sein mächtiger Oberkörper schwankte hin und her, schließlich sank er im Sessel zurück und schlief ein.

David Black wartete noch eine Weile, schlich dann zu dem Schlafenden und begann dessen Taschen zu durchsuchen. Endlich fand er das Gewünschte, zog einen kleinen Schlüsselbund hervor. Auf den Zehenspitzen gehend, trat er an den Schreibtisch, öffnete ihn, durchwühlte die Lades; dabei die beiden schlafenden Männer nicht aus den Augen lassend. Schließlich entdeckte er ein Bündel Papiere, die wie ein Manuskript aussahen. Ohne es gewahr zu werden, steckte er es in die Tasche, verschloß den Schreibtisch, schob die Schlüssel in Leys Tasche zurück. Dann schüttelte er diesen an der Schulter, schrie ihn heulend zu:

„He! Ley! J—i—i—ch geh hei—ei—m. Bin tota—al besoffen."

Schwankend stand er da, klammerte sich an die Stuhllehne. Ley öffnete die Augen, lachte gröhlend: „Sie auch? Gute Nacht!"

David Black taumelte auf die Veranda, die das Zimmer mit dem Garten verband.

Kaum hatte er die Straße erreicht, so streckte er sich und eilte mit festen, geraden Schritten seiner Hütte zu.

In der Nacht schloß er kein Auge. Er las und las in den Aufzeichnungen eines unseligen Menschen, bis das Morgenlicht in die Stube drang. Sein Gesicht wurde immer blasser und härter, seine Augen loderten, er ballte die Hände zur Faust. Wenn seine Feinde ihn gesehen hätten, es wäre ihnen nicht gerade behaglich zu Mute geworden.

Den ganzen Vormittag verbrachte David Black mit dem Studium der medizinischen Bücher, die ihm sein Vorgänger hinterlassen hatte. Nach dem Mittagessen rief er Moses zu sich.

„Moses," sagte er ernst, „ich weiß, weshalb du nicht mit mir über den alten Professor reden wolltest: du hast ihm zur Flucht verholfen."

Das Gesicht des Negers wurde grau, seine Hände begannen zu zittern; er versuchte zu reden, brachte aber kein Wort über die Lippen.

„Du hättest lieber einem gesunden, normalen Menschen helfen sollen, Moses, aber ein Zufall fügte es, daß der arme alte Mann dennoch zum Ankläger werden konnte. Wir aber werden bald Gericht halten über die Verbrecher."

„Sie werden mich doch nicht verraten, Herr Black?" fragte zitternd der Neger.

„Selbstverständlich nicht. Aber nicht davon wollte ich mit dir reden. Kennst du den Burschen, der in der weißen Villa Koch ist?"

„Benjamin? Freilich, er ist ja mein Vetter. Wir kommen zusammen her."

„Kann man sich auf Benjamin verlassen?"

„Bestimmen."

„Gut. Ich werde dir heute nachmittag ein Pulver geben; Benjamin soll es in die Speisen mischen."

„Nix?" fragte der Neger lauernd, und seine großen runden Augen leuchteten auf.

„Nein," entgegnete Black schroff. „Ich arbeite nicht mit Gift. Wenn du Benjamin veranlassen, es zu tun?"

Der Neger schwieg; es war ihm anzumerken, daß er Angst hatte.

„Wenn sie aber nicht sterben, so kann es Benjamin übel ergehen," stammelte er.

„Hör mich an, Moses; wir wollen die Menschen hier befreien, wollen die Verbrecher, die seit fünf Jahren ungestraft morden, zur Rechenschaft ziehen. Dazu aber ist unumgänglich nötig, daß die beiden Männer in der weißen Villa wenigstens vierundzwanzig Stunden unfähig sind, sich zu rühren. Verstehst du? Benjamin wird wahrscheinlich zur Strafe in die Fabrik geschickt werden . . ."

„Oh! Oh!" jammerte Moses entsetzt. „Der arme Benjamin! Nein! Nein! Das geht nicht!"

„Ich verspreche dir und ihm," sprach David Black mit einer gewissen Feierlichkeit, „daß er höchstens drei Wochen in der Fabrik arbeiten wird. Das kann ein junger kräftiger Mensch aushalten. Sag ihm, daß von seiner Bereitwilligkeit das Leben Tausender abhänge und daß auch er, wenn er meine Weisungen ausführt, die Insel verlassen werde."

„Ich auch?" fragte Moses eifrig.

„Ja, auch du. Alle, die hier sind."

„Und die von der anderen Insel?"

Ein Schatten fiel über Blacks Züge. „An denen ist nichts mehr gut zu machen, Moses. Diese Unseligen sind verloren. Aber," seine Stimme wurde hart wie Stahl, „sie sollen gerächt werden!"

Moses erklärte sich einverstanden und konnte bereits einige Stunden später dem Arzt mitteilen, daß Benjamin seinen Auftrag ausführen werde.

Mitten in der Nacht wurde David Black aus dem Schlaf gerüttelt: er möge sofort nach der weißen Villa kommen, die Herren Ley und Benett seien schwer erkrankt. Der Arzt kleidete sich gelassen an, strebte langsam, in aller Seelenruhe, den Hügel hinan.

Die beiden Männer boten ein jämmerliches Bild; sie waren totenblaß, die Augen sprangen ihnen aus den Höhlen. Sie jammerten und stöhnten.

„Mir ist zumute als ob es in meinen Eingeweiden brenne," ächzte Benett.

Und Ley fluchte: „Wir sind vergiftet! Sind ganz bestimmt vergiftet!"

David Black machte ein äußerst ernstes Gesicht. „Sie sind beide von einer schweren Tropenkrankheit befallen," erklärte er. „Doch hoffe ich, daß es mir gelingen wird, Sie durchzubringen. Vor allem Ruhe; jede Bewegung ist gefährlich."

„Ich habe ja gar kein Fieber," protestierte Benett.

(Fortsetzung folgt.)

Severings Verwaltung vor dem Landtagsausschuß.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages begann am Mittwoch die Beratung des Haushalts des preußischen Innenministeriums. Minister Severing warnte vor Abstrichen bei dem Polizeietat. Gerade bei der Polizei dürfe nicht gespart werden, wenn man nicht die Beweglichkeit und die Schlagkraft des Polizeiapparates schädigen wolle. Zur Frage der Verwaltungsreform könne jederzeit dem Landtag eine Vorlage zugehen, die zunächst einmal eine Reihe leistungsschwacher Kreise zusammenlegen müsse. Das sei auch ein Weg zur Erzielung von Ersparnissen. Leider sei dieser Plan der Zusammenlegung auf heftigen Widerstand gestoßen, ebenso die Vereinfachung, die er in der großen Verwaltungsreform als notwendig betrachte. Unter diesen Umständen bleibe kein anderer Ausweg als Erteilung einer Vollmacht an den Minister zur Schaffung einer Verwaltungsreform. Die Wahlrechtsreform sei Sache des Reichstages. Der Beschluß des Landtages über die Vereinheitlichung der preußischen Stimmabgabe im Reichsrat sei für die Staatsregierung nicht annehmbar. Bei den Fememordprozessen, durch die jetzt der Beweis für die Richtigkeit der Haltung des preußischen Innenministeriums geliefert werde, habe Preußen das größte Interesse an voller Oeffentlichkeit. Ohne den Widerstand des preußischen Innenministeriums wäre es im Jahre 1923, das zeige sich jetzt ganz deutlich, zu einer unabsehbaren Katastrophe gekommen; denn die Kreise der Fememörder hätten eine Umwandlung des passiven Widerstandes in einen aktiven betrieben. Die Geheimorganisationen hätten für eine solche aktive Erhebung nur sehr zweifelhaften Wert gehabt; bei ihnen habe es sich hauptsächlich um Formationen für den Bürgerkrieg gehandelt. Am Schlusse rechtfertigte der Minister seine Personalpolitik, wobei er betonte, daß kein Beamter wegen seiner Gesinnung gemaßregelt werde, solange der betreffende Beamte sich in seiner amtlichen Tätigkeit die gebotene Zurückhaltung auferlege. Wo diese Zurückhaltung fehle, könne es keine Schonung geben. Daher seien die Landräte Kramer und Großpietsch ihres Postens enthoben worden.

Der deutsche Helfer der ungarischen Fälscher verhaftet.

Bei seiner Vernehmung erklärte Schulze, daß er im Jahre 1923 von dem Prinzen Windischgrätz zur Mithilfe gewonnen worden sei, die ihm aber als rein politische und von den ungarischen Regierungsstellen gebilligte Tätigkeit geschildert worden sei. Er habe das geglaubt, als er erfahren habe, daß der Landespolizeichef Radossy das Unternehmen begünstige und die Probeversuche zu der Fälschung in dem Budapester Kartographischen Institut vor sich gehen sollten. Dann habe er aber erkannt, daß anscheinend Prinz Windischgrätz garnicht die genügenden Mittel zur Durchführung einer politischen Aktion besessen habe und daraus auch die Unwahrheit der ihm gemachten Angaben geschlossen. Windischgrätz und Genossen hätten ihm dann mißtraut und ihn nahezu wie einen Gefangenen behandelt. Es sei ihm jedoch gelungen, im November 1923 aus Budapest zu entfliehen. Während seiner Anwesenheit in Budapest seien nur belanglose photographische Probeaufnahmen echter Tausendfrancsscheine gefertigt worden. Es liegen also zwischen jenen Versuchen Schulzes und der von dem Prinzen Windischgrätz durchgeführten Umsetzung in die Tat nahezu zwei Jahre. Seit dieser Zeit habe er in keiner Verbindung mehr mit der Sache gestanden. Er sei also nur im Anfangsstadium der technischen Probeversuche, nicht aber bei der eigentlichen Herstellung der Falschscheine tätig gewesen.

Diese Behauptungen des Schulze müssen selbstverständlich nachgeprüft und die Angaben des Auslandes damit verglichen werden. Die Kriminalpolizei steht heute schon auf dem Standpunkt, daß die ausländischen Behauptungen, der Deutsche Schulze sei die Seele des Fälschungsunternehmens, der Anstifter und technische Leiter gewesen, nicht zutreffen.

Tumult in Budapest.

Budapest, 18. Februar. (Funkbericht.)

In der Mittwochsitzung des ungarischen Parlaments kam es anläßlich einer Huldigung für den Reichsverweser Horthy durch die Rassenschützler wieder zu tumultartigen Szenen, die fast in Tätlichkeiten ausarteten drohten. Von sozialdemokratischer Seite wurde in einer Interpellation ein Verbot der fortgesetzten Straßenkundgebungen für Horthy verlangt. Der Ministerpräsident erwiderte, daß auch er gegen eine Politik der Straße sei, es sich aber bei den Straßendemonstrationen darum handele, dem zu Unrecht angegriffenen obersten Präsidenten des Staates eine Huldigung darzubringen, aus denen die Welt ersehe, daß das ungarische Volk zu ihm steht.

* * *

Budapest, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Anlaß des Ueberfalles auf den Abgeordneten und früheren Minister Vaszonyi ruft das Organ der Sozialdemokratischen Partei die Arbeiterschaft für kommenden Sonntag zu einer Straßenkundgebung auf. Es handelt sich um die erste Arbeiterkundgebung, seit das kommunistische Regime abgewirtschaftet hat. Voraussetzung ist natürlich, daß die Demonstration überhaupt gestattet wird.

Neue Kämpfe in Syrien.

In einem Stadtviertel von Damaskus kam es zu Straßenkämpfen. Die Aufständischen hatten zehn Tote und zehn Schwerverwundete. Bei der Säuberung der Hermonnachbarschaft südlich der Straße Beirut—Damaskus ergriff der Feind die Flucht unter Zurücklassung von 60 Toten.

Kleine Auslandsnachrichten.

Im schweizerischen Nationalrat fand am Mittwoch eine Aussprache über das Verhältnis der Schweiz zu Sowjet-Rußland statt. In eingehenden Ausführungen wies der sozialdemokratische Redner, Genosse Huber, nach, daß die Schweiz namentlich aus wirtschaftlichen Gründen, an einer Wiederherstellung normaler Beziehungen zur Sowjet-Republik ein bedeutendes Interesse habe. Bundesrat Motta berichtete ausführlich über die durch die Abrüstungskonferenz geschaffene Lage. Die Behauptung Tschitscherins, der Bundesrat habe seine Vorschläge wiederholt abgeändert, wurde von Motta unbedingt bestritten. Der Bundesrat habe im Gegenteil bereits früher beschlossen, die von der französischen Regierung vorgeschlagene Vermittlungsformel anzunehmen. Demgegenüber habe die Sowjetregierung nichts getan und damit die Verhandlungen abgebrochen. Genosse Huber sprach seine Genugtuung über die Darlegungen Mottas insofern aus, daß der Bundesrat kaltblütig und unter keinerlei Druck gehandelt habe.

Sühne für Völkerrechtsbruch. Die bulgarische Regierung teilte dem Völkerbundssekretariat mit, daß Griechenland am Montag 15 Millionen Lewa für Konfliktsentschädigung gezahlt hat und für die andere Hälfte um eine Stundungsfrist bis 15. März nachsuchte. Die bulgarische Regierung hat diesem Ersuchen entsprochen.

Im Zeichen der Abrüstung? Der amerikanische Senat hat das Marinebudget in Höhe von 321 Millionen Dollars angenommen. Ebenso wurden 7 Millionen Dollars für die Marineluftfahrt bewilligt. Dazu sollen 100 Flugzeuge gebaut werden, ferner zwei Zeppelinkreuzer, die dreimal so groß werden sollen wie die „Shenandoah" und ein Schul-Luftschiff. Das Armeebudget sieht 339 Millionen Dollars vor.

Das Meisterstück der Tschechisierung.

Aus der Tschechoslowakei wird uns geschrieben:

Am 9. Februar dieses Jahres sind die Durchführungsverordnungen zum tschechoslowakischen Sprachengesetz erschienen, die die schlimmsten Erwartungen der „tschechoslowakischen" „Minderheitsnationen" übertreffen. Jenes Sprachengesetz war die Geburt der nur tschechischen, nicht gewählten, revolutionären Prager Nationalversammlung im Jahre 1920. Nun, sechs Jahre später, sind wieder ohne Befragen der Betroffenen die Durchführungsverordnungen in die Welt gesetzt worden, die noch einen Wandel zum Schlechteren beweisen.

Es erscheint uns notwendig, ehe wir uns diese umfangreichen Sprachenverordnungen wenigstens an einigen charakteristischen Stellen ansehen, wiederum daran zu erinnern, daß von den 13 400 000 Einwohnern der Tschechoslowakei mehr als fünf Millionen nicht zum „Staatsvolk" gehören, daß davon dreieinhalb Millionen Deutsche sind und daß das „Staatsvolk" von über acht Millionen „Tschechoslowaken" konstruiert ist, denn die Slowaken zählen sich selber als eigenes Volk; aber nur dadurch, daß die Tschechen sich mit den Slowaken als eine „tschechoslowakische" Nation ausgeben, können sie eine nationale Mehrheit im Staate fingieren. Die Sprachenverordnungen setzen nun als „Staatssprache" das „Tschechoslowakische" fest, also ein Unding, indem das Slowakische bald als Dialekt dem Tschechischen untergeordnet, bald als Sprache ihm beigeordnet erscheint.

Die Sprachenverordnungen, die für die Ministerien (und deren Organe) für Inneres, Justiz, Finanzen, Handel, öffentliche Arbeiten und Gesundheitswesen gelten, treffen (neben den Magyaren, Polen und Ruthenen) in erster Linie die Deutschen; es ist schon bezeichnend, daß das Gesetz nirgends von Deutschen, Ungarn usw. spricht, sondern nur von Leuten, die die Staatssprache sprechen und von solchen, die sie nicht sprechen. Für jene alle Rechte, für diese ausnahmsweise Gnadenbestimmungen. Alle Aemter verkehren, verhandeln, verlautbaren, firmieren in der „Staatssprache" unter einander, mit allen Selbstverwaltungskörpern, mit allen öffentlichen Korporationen. Alle Eingaben, schriftlich oder mündlich, haben in der Staatssprache zu erfolgen; Ausnahmen gelten nur für Bezirke, wo mehr als 20 Prozent der Bevölkerung der „sprachlichen Minderheit" angehören. Eingaben in einer anderen als in der Staatssprache werden zurückgewiesen; bei der Neueinbringung in der tschechischen Sprache „kann" der Partei aufgetragen werden, zu beweisen, daß beide Eingaben sich inhaltlich decken, so daß also beispielsweise der deutsche Arbeiter aus einem Erzgebirgsdorf gezwungen werden kann, nachdem er seine Eingabe sich hat übersetzen lassen, zu den damit etwa verbundenen Kosten noch die für eine notarielle Beglaubigung und das Opfer an Zeit hinzuzufügen! Darüber, ob jemand tschechisch zu können hat, entscheidet die Behörde. Weigert sich jemand, der nach der Meinung etwa des Gerichts tschechisch kann, tschechisch auszusagen, so kann er mit Geldbußen bis zu 1000 Kronen dazu gezwungen werden. Wenn also ein Deutscher, der zu wenig tschechisch zu können glaubt, um in dieser Sprache aussagen zu können, aus diesem Grunde seine Muttersprache gebrauchen will, so kann das Gericht ihn „tschechisch lehren". Rechtsvertreter und Bevollmächtigte müssen auch im deutschen Gebiet das Tschechische vollkommen beherrschen. „Unwahre Angaben" über die sprachlichen Fähigkeiten werden mit Strafen ebenfalls bis zu 1000 Kronen bestraft (nicht können bestraft werden; werden bestraft!) Nur wo mindestens zwei Drittel der Bewohnerschaft etwa deutsch ist, kann eine deutsche Eingabe lediglich deutsch behandelt werden, vorausgesetzt, daß an der Sache durchwegs nur Deutsche beteiligt sind.

Ein Kuriosum, das in Deutschland besonderes Interesse hervorrufen wird, ist eine Bestimmung der Sprachenverordnung über den „schriftlichen Verkehr mit den Behörden ausländischer Mächte". Sie soll hier wörtlich Platz finden:

> Art. 51. Mit den Behörden ausländischer Mächte auf staatlichem Gebiete und auch außerhalb ist in dem Falle, wo ein direkter schriftlicher Verkehr zulässig ist, in der Staatssprache schriftlich zu verkehren. Gerichte, Aemter und Organe sind in der Voraussetzung der Gegenseitigkeit verpflichtet, Briefe ausländischer Behörden auch in deren Sprache oder in der diplomatischen Sprache anzunehmen. Abweichungen können nur durch internationale Verträge oder Uebereinkommen bestimmt werden.

Also nicht nur mit den Behörden in Berlin, Chemnitz, Hamburg, sondern auch mit denen in Kairo, Peking, Uruguay ist tschechisch zu verkehren. Sollte aber das Gericht von Kairo tschechisch oder französisch (englisch darf es nicht sein) nach Leitomischl schreiben, dann ist man auch dort genötigt, in der „diplomatischen Sprache" mit Kairo zu verkehren. Dieser Größenwahn wird das Ausland sicherlich äußerst sympathisch berühren. Es wird auch entzückt sein, zu hören, daß das tschechoslowakische Geld nur in der Staatssprache herausgegeben werden darf und daß nur die Wertangabe und dies nur „nach Bedarf" in den Sprachen der Minderheiten erfolgen wird.

Doch dies sind Lächerlichkeiten, in denen wir unsere Herrennation ruhig können gewähren lassen. Kehren wir zu den traurigen Kapiteln zurück, deren fürchterlichstes jenes über die sprachliche Eignung der Staatsangestellten und -organe ist: **Zu jedwedem Staatsdienst, sei es wo immer, kann nur zugelassen werden, wer die Staatssprache vollkommen beherrscht.** Ausnahmen nur bei dringendem Bedarf mit Zustimmung des Ministers, bei wenigstens teilweiser Kenntnis des Tschechischen und unter der schriftlichen Verpflichtung, innerhalb eines Jahres die volle Kenntnis der Sprache nachzuweisen. **Alle im Amt befindlichen Richter, Angestellten, Organe haben binnen sechs Monaten, also bis spätestens 3. August 1926, ihre vollkommene Beherrschung der Staatssprache nachzuweisen, widrigenfalls sie vom Avancement ausgeschlossen sind und sofort als „dauernd unfähig" pensioniert bezw. entlassen werden können.**

Ausgenommen können von dieser Bestimmung und der damit verbundenen Verpflichtung rigoroser Sachprüfungen nur die heute mehr als Fünfzigjährigen durch den Minister selber werden, wenn sie teilweise tschechisch können und — wenn man sie braucht.

Es bedarf wohl keiner näheren Erklärung, daß alle diese Bestimmungen es möglich machen, alle deutschen Staatsbeamten und Angestellten der genannten Ressorts nach Wunsch und Bedarf bis auf den letzten Mann zu pensionieren und zu entlassen und keinen Deutschen mehr im Staatsdienst anzustellen. (Die Sprachenverordnungen für Post und Eisenbahnen stehen noch aus.)

Noch ein Wort über jene Artikel der Sprachenverordnung, die den Rest von Gemeindeautonomie auszurotten bestimmt sind: Jede Gemeinde muß tschechische Eingaben erledigen. Heimatscheine und Legitimationen müssen tschechisch sein. In Städten mit eigenem Statut müssen sämtliche Bürgermeister die Staatssprache vollkommen beherrschen. Gemeinden mit über 3000 Einwohnern müssen Organe haben, die das Tschechische vollkommen beherrschen.

Deutsche öffentliche Körperschaften (zum Beispiel Aerzte-, Advokatenkammer) haben tschechische Eingaben entgegenzunehmen und tschechisch zu erledigen, den Behörden tschechisch zu referieren. Und schließlich der Trumpf des § 99, der gewissermaßen den Geist dieses reaktionären chauvinistischen Polizeigesetzes am deutlichsten zeigt: Jede „öffentliche Kundmachung", jede Aufschrift von irgendwelcher physischen oder juristischen Person kann in der Staatssprache gefordert werden. Diese Kautschukbestimmung läßt jede Auslegung zu . . . .

Wir haben das Wichtigste aus dieser Sprachenverordnung herausgegriffen, über deren volle Auswirkungsmöglichkeit heute noch niemand eine fertige Vorstellung haben kann. Sie ist die Krönung des Tschechisierungswerkes, das dem Ausland insbesondere nach der Sperrung Tausender Schulklassen, nach dem systematischen Raub deutschen Bodens durch die „Bodenreform" und nach den Massenentlassungen deutscher Eisenbahner und Postler schon einigermaßen bekannt ist.

Sie übersteigt alle Begriffe — Beweis dessen: von den drei tschechisch-sozialdemokratischen Ministern hat nur einer seine Unterschrift für dieses Schandgesetz hergegeben. Der tschechische Nationalismus, der Gedanke der Ausrottung der Deutschen, die allnationale Koalition triumphiert, die Tschechoslowakei setzt dem „Geist von Locarno" den Geist von Versailles entgegen. Die guten Geister — Masaryk tritt jetzt seinen Frühlingsurlaub an — schweigen, der tschechische Chauvinismus arbeitet dem deutschen wieder in die Hände.

J. H.

Antirussische Hungerrevolte in Persien? Die Sowjetpresse meldet aus Teheran, daß dort infolge Brotmangels ernste Unruhen zu befürchten sind. In den letzten Tagen ist es bereits zu Zusammenstößen zwischen Volksmengen und der Polizei gekommen. Grund ist die scharfe Getreidekrise. Die Sowjetpresse beschuldigt feindliche Elemente, daß sie in Basaren Persiens eine der Sowjetunion feindliche Propaganda führen und die Volksmengen gegen die Sowjetunion aufhetzen, indem sie das Gerücht verbreiten, die Hungersnot sei dadurch entstanden, daß die Sowjetunion die Getreidelieferungen nach Persien eingestellt habe. Dagegen teilt die Sowjetpresse mit, daß bisher eine halbe Million Pud Getreide nach Persien gebracht worden sei.

Aus aller Welt.

Das Herz der Schwerarbeiter.

Langandauernde Schwerarbeit ist nicht ohne Einfluß auf den Herzmuskel. Der genaue Beweis hierfür ist aber erst kürzlich durch vergleichende Messungen an den Herzen von Schwerarbeitern und sonstigen leichter arbeitenden Personen erbracht worden. Es stellte sich bei diesen Untersuchungen heraus, daß der Querdurchmesser des Herzens bei Schwerarbeitern durchschnittlich um 3,1 Millimeter größer ist als bei Leichtarbeitern.

Ein im Bann des Kokains stehender Arzt

stand vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wegen Beihilfe zum Kokainhandel. Anfang 1925 war der Polizei aufgefallen, daß in gewissen Nachtlokalen und Dielen ein umfangreicher Schleichhandel mit Kokain stattfand. Die Spuren dieses nächtlichen Gewerbes führten zu einem praktischen Arzt Dr. Kerzmann. Obgleich die höchste Tagesdosis, die ein Arzt verschreiben darf, nur ein zwanzigstel Gramm beträgt, verschrieb er einer großen Anzahl von ihm persönlichen Bekannten die enorme Dosis von 1 bis 2 Gramm. Das Gericht beschloß zunächst, den Gerichtsarzt mit der Untersuchung des Geisteszustandes des Angeklagten zu beauftragen.

Einen Einbrecherfasching

haben in der Nacht vom Faschingsdienstag zum Aschermittwoch verschiedene Einbrecher in der Charlottenstraße in Berlin gefeiert. Sie drangen mit Dietrichen in eine Gastwirtschaft ein, brachen von dort durch eine Wand zu dem benachbarten Zigarrengeschäft und fielen über die große Beute an Waren und Genußmitteln her. Sie ließen sich zunächst in der Restauration häuslich nieder und feierten auf ihre Art Fasching mit einer riesigen Schüssel Eisbein, einer großen Menge Wurstwaren, Kognak und Likören. Nachdem sie den Inhalt der Ladenkasse an sich genommen hatten, verschwanden sie.

Zwei internationale Scheckschwindler verhaftet.

Gestern wurden auf dem Innsbrucker Telegraphenamt zwei internationale Scheckbetrüger verhaftet, die von den schweizerischen Behörden gesucht werden. Es handelt sich um den in Württemberg geborenen Ingenieur Rösslin und den Techniker Vierbauer aus Wels in Ober-Oesterreich, die 12 000 Schweizer Franken erbeutet haben. Rösslin wird auch wegen großer Betrügereien und Unterschlagungen von deutschen Gerichten gesucht.

Ein Berliner Lehrer wegen Brandstiftung verhaftet.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung und des versuchten Versicherungsbetruges ist der Berliner Lehrer Fuchs verhaftet worden.

Ein Massenmörder verhaftet.

Wie dem Warschauer „Przeglond Wieczorny" aus Neu-Sandec gemeldet wird, wurde dort ein gewisser Rutschu festgenommen, der 53 Mordtaten auf dem Gewissen hat. Der Mörder war ein Sadist, der seine Opfer jedesmal zu Tode marterte.

Deutsche Dampfer verloren.

Wie die „B. Z. am Mittag" aus Stockholm erfährt, sind durch die ungünstigen Eisverhältnisse an der schwedischen und finnischen Küste eine Reihe Dampfer in eine kritische Lage gekommen. Von den deutschen Dampfern „E. Ruß" und „Marika Ruß", die am 4. Februar von Hamburg abfuhren, fehlt jede Nachricht, sodaß mit ihrem Verlust gerechnet werden muß. An der estnischen Küste ist der deutsche Dampfer „Strauß" gestrandet. Seine Ladung, Weizen, Mehl und Zucker im Werte von zwei Millionen Mark, ist vollständig vernichtet. Der deutsche Dampfer „Johanna", der seine Schiffsschraube verloren hatte, sitzt mit zwei schwedischen Bergungsdampfern im Eise fest.

Außerordentlicher Schneefall in Rußland

dauert immer noch an und hat zur Einstellung des Zugverkehrs auf dem großen Teil aller sowjetrussischen Bahnen geführt. Keine einzige Eisenbahndirektion vermag den fahrplanmäßigen Verkehr noch aufrechtzuerhalten.

„Zeitlins".

In Moskau wird der Plan erwogen, den Figuren des Schachspiels neue, zeitgemäße Namen zu geben. Der „König" soll die Bezeichnung „Narkom" (Volkskommissar) erhalten, und die „Königin" soll künftig „Zeitlins" zu Ehren von Klara Zeitlin heißen. Von anderer Seite wird hierfür auch der Name „Kollontaja" vorgeschlagen. Die Offiziere (Läufer, Turm und Springer) sollen „Politkom" genannt werden.

Großzügiger Kapitalismus.

Der Newyorker Multimillionär John Anderos hat anläßlich seines 85jährigen Geburtstages einen Betrag von 50 Millionen Dollar für ein Kinderwohlfahrtsinstitut in West Chester gestiftet. Von den Mitteln der Stiftung soll ein Waisenhaus und ein Kinderspital erbaut werden.

Unsere **Propaganda-Woche** Unsere

beginnt

Donnerstag, 18. Februar

Wir gewähren auf unser Lager in

Leinen — Baumwollwaren
Kleiderstoffen — Wäsche
Trikotagen usw. usw.

trotz unserer stadtbekannt billigen Preise

10% Rabatt 10%

Gebr. H. & G. Cohn

Abt. **Wäschehaus**

Reuschestraße 20/21

LUNA-PARK
MORGENAU 91

Sonnabend, den 20. Februar:

Eine Nacht in den dunklen Winkeln Breslaus

maskiert und unmaskiert

veranstaltet vom

Männer-Gesang-Verein „Cäcilia"

Neue Dekoration, die Sensation Breslaus

Achtung! Achtung!

5. Ostdeutsche Kaninchen- und Pelzwarenschau

im Schloßwerder vom 19. bis 21. Februar 1926
bisher größte Schau in Breslau
6 Preisrichter 97

Freitag, den 19. Februar:

Verkehrter Ball

Sonnabend, den 20. Februar:

Großes Tanzvergnügen

verbunden mit **Tombola**

Verein der Kaninchenzüchter Breslau u. Umg. E. V. 1905

Okasa für Männer!

(Reichspatentamt Wz. Nr. 305667 gesetzl. geschützt)

Neue Kraft durch das neue Sexual-Kräftigungsmittel „Okasa" nach Geheimrat Dr. med. Lahusen. Die Wirkung von Yohimbin allein ist in den Schatten gestellt. Glänzend begutachtet ist die prompte und nachhaltige Wirkung. Zu haben in den Apotheken Original-Packung à 100 Portionen Mk. 8.50. General-Depot und alleiniger Versand: Radlauers Kronen-Apotheke, Berlin 255, Friedrichstraße 160. Telefon Zentrum 160. Täglich prompter Postversand in plombierter Verpackung ohne Angabe der Apotheke. Hochinteressante Broschüre mit täglich eingehenden freiwilligen geradezu glänzenden Dankschreiben von Aerzten und Privatpersonen jeden Alters und Standes erhalten Sie kostenlos ohne jede Verpflichtung absolut diskret in verschlossenem Doppelbrief ohne jeden Aufdruck. Bestellen Sie sofort — und dann urteilen Sie selbst! 8112

Direkt aus der Fabrik

ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für

Mk. **2.10** per Liter einschl. Steuer

den berühmten

Alten Breslauer 35 %

Weinbrand-Verschnitt Mk. **2.80**

Jamaika-Rum-Verschnitt 2.90 u. 3.50

Unsere in ganz Deutschland berühmten

Edel-Liköre

Mk. **3.00** und **3.60** alles per Liter einschl. Steuer

Dampf-Destillerawerk

Herzberg & Co.

Albrechtstraße 48, Michaelisstraße 3 und Blücher-Platz 20. 16004

Achtung! Preisabbau!

Teilzahlung ohne Preisaufschlag zur geringe Zinsen

Kinderwagen

Puppenwagen äußerst billig:

Sämtl. Reparaturen, Plauen bezieh., Verdeck ausfüll., Wagen lackieren, schnell u. preiswert. Alle Ersatzteile, Räder u. Gummi, auch für Puppenwagen. Steppdecken für Kinder- und Puppenwagen äußerst billig.

Mücke, Weidenstr. 7.

Parteifreunde

kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die

Volkswacht

Masken 8179

Theater - Redouten - Kostüme

neue erstklassige preisgekrönte verleiht billig **größtes Spezialhaus**

H. Wiersing Messergasse 50 Telefon Ohle 996

Sprechapparate ✱ Schallplatten

nur beste Fabrikate — Schalldosen-Reparaturen
Violinen, Cellos, Bässe, Lauten, Gitarren Ital. Mandolinen, Trommeln, Pfeifen Zithern, Harmonikas ☞ **billigste Preise**

Musikhaus **Friedr. Meisel** Breslau Klosterstr. 37

Liebich-Theater

Telefon Stephan 34646

Täglich 8 Uhr:

Sensations-Gastspiel

To Rhama

Der europäische Fakir bezwingt sich selbst und

Löwen, Krokodile Riesenschlangen

Dazu das **auserlesene**

Varieté-Programm

Eintrittspreise von 75 Pf. an.

Jeden Sonntag 3½ Uhr:

Nachmittags-Vorstellung

zu halben Preisen.

Jugendliche haben Zutritt.

Buchdruckerei Volkswacht

Stadt-Theater

Donnerstag 7½ Uhr:
Das versemte Lachen.
Freitag, 7½ Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonnabend 7½ Uhr:
Gastspiel **Mafalda Salvatini**
von der Berliner Staatsoper
Tosca. 10586

Lobetheater

Lessingstr. 8, Tel. Rg. 6774.

Donnerstag, 18. Februar 8 Uhr,
Freitag, 19. Februar 8 Uhr:
Der fröhliche Weinberg.

Thaliatheater

Schweidnitzer Str. 3, Tel. Rg. 6700

Donnerstag, 18. Februar 8 Uhr,
Freitag, 19. Februar 8 Uhr:
Der Diener zweier Herren

Schauspielhaus

Operettenbühne.
Tel. Stephan 37460.

Donnerstag 8 Uhr:
Gastspiel Elli Lenz
Die Teresina

Freitag 8 Uhr:
Gastspiel Elli Lenz
Der Orlow.

Sonnabend 8 Uhr:
Gastspiel Elli Lenz
Auftreten Walter Jankuhn
Zum 40. Male:
Die Teresina

Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
Wiener Blut.

Sonntag, Montag und Mittwoch 8 Uhr:
Gastspiel Elli Lenz
Auftreten Walter Jankuhn
Die Teresina

Dienstag 8 Uhr:
Gastspiel Elli Lenz
Auftreten Walter Jankuhn
Der Orlow.

Inserate

erzielen in der **Volkswacht** den größten

Erfolg!

Ein Lebensbild von Friedrich Engels

erzählt **Dr. Willy Cohn** in seiner neuen Schrift unserer Jugend

Dieses Büchlein ist wertvoller wie mancher dicke Band u. muß von jedem Sozialisten gelesen werden

Mit einem Bilde ausgestattet nur **90 Pf.,**

Zu haben in der

Volkswacht-Buchhandlung Neue Graupenstraße Nr. 5

Wir kommen jetzt

zum Verkauf großer Mengen fehlerhafter oder im Preise zurückgesetzter Artikel. — Eilen Sie deshalb

in die Oderstraße

zum Einkauf von:

2 Auftragbürsten	10 Pf.	3 Kleiderbügel	10 Pf.
2 Nagelbürsten, doppelseitig	15 „	1 Schuhbürste	15 „
1 Kalkpinsel	20 „	1 Aufwischbesen	30 „
1 Friseurkamm	10 „	1 Seifendose	25 „
3 Stahlkämme	15 „	1 Reibkloppler	25 „
2 Kinderkämme	15 „	1 Kehrbesen	30 „
2 Topfbürsten	25 „	1 Putzleder	50 „
1 Zahnbürste	20 „	1 Fußmatte	60 „
1 Klosettpinsel	40 „	1 Teppichbesen	75 „
3 Schock Wäscheklammern	50 „	3 Pack Stahlspäne	100 „
1 Kleiderbürste	60 „	1 Wäscheleine	120 „
1 Federwedel	35 „	4 Schonertücher	100 „

16535

sowie Möbel-, Kopf-, Schuhbürsten, Pinsel, Bohnermasse, Schwämme, Kammgarnituren, Toilettegarnituren etc. etc.

LONDON & CO., Oderstraße 5
G. m. b. H. 2. Viertel vom Ring.

Möbel Ergänz.-Stücke aller Art, Büfetts, Schreibt., Schränke, Bettstellen, Küchen, Schlaf- und Speisezimmer 5765

aus erster Hand besser u. **billiger.**

Großes Lager, Garantie, Zahlungserleichterung.

G. Fuchs

Tischlermeister

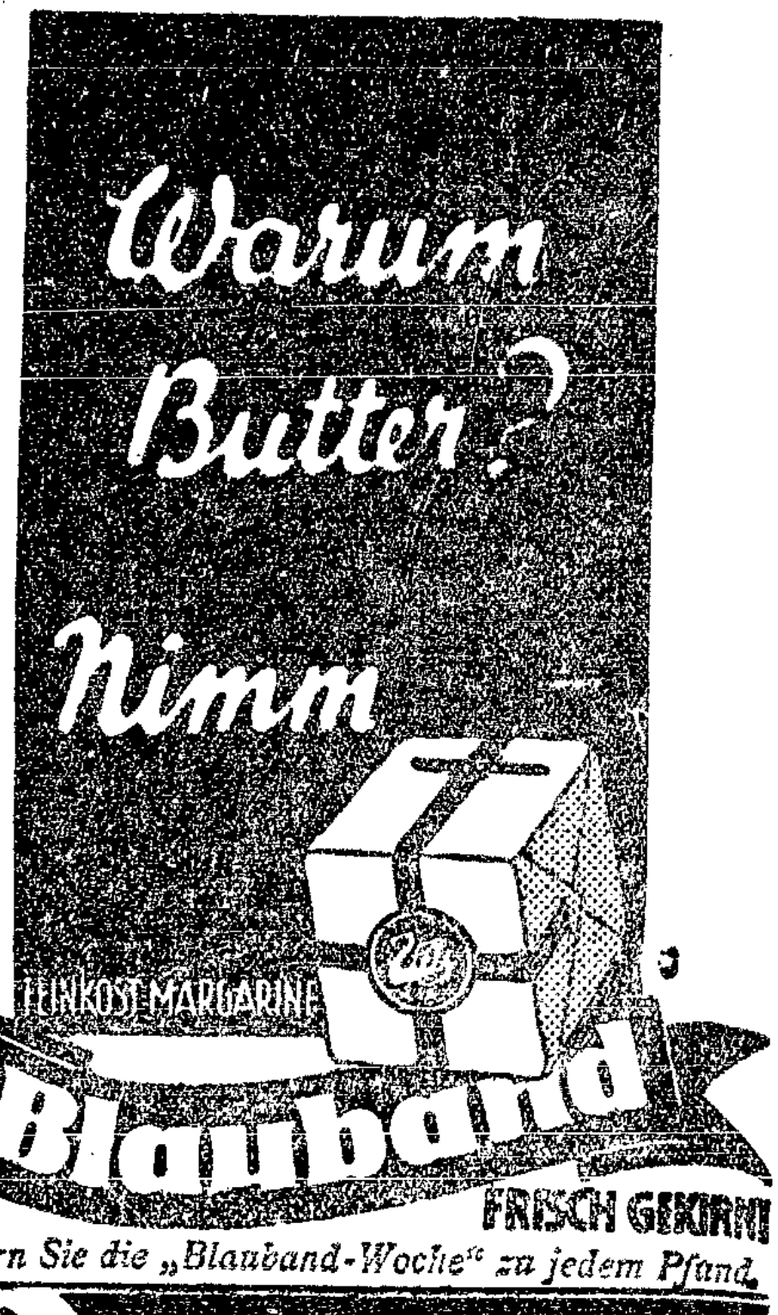
Meisenberstr. 24, Hof links und Kl. Fürstenstraße 7, I, an der Tiergartenstraße.

Urania

12 Monatshefte und 4 Bücher

Der Proletarische Kalender

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle d. Zeitung u. die Zeitungsträger.



Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Meine heutigen Preise:

10704

Landleber- und Preßwurst
bringe ich nicht nur ganz billig, sondern auch in bester Herstellung zum Verkauf. **1 Pfd. 1.—**

Knoblauchwurst
nur aus bestem hiesigen Rindfleisch hergestellt. **1 Pfd. 0.80**

Hausmacherleberwurst
eine Delikatesse, aus reinem Schweinefleisch und Leber hergestellt. **1 Pfd. 1.80**

Fr. dicker Speck u. Lungenfett
1 Pfd. 1.10

sowie sämtliche anderen Wurst- u. Fleischwaren zu billigsten Tagespreisen

Beachten Sie meine Verkaufsstellen!

August Schneider

Wurst- und Fleischwarenfabrik.

Gasthof „Schwarzes Ross"

Likörfabrik

Theodor Hupka

Matthiasstr. 88.

Fernspr. Ohle 9167.

Alter Bresl. Branntwein 35 %	per Liter	2.10
Weinbrand-Verschnitt	per Liter	3.00
Jamaika-Rum-Verschn.	p. Liter von	3.00 an
Liköre	per Liter von	3.00 an
Rotwein zu Glühwein	per Liter	1.20
Tarragona	per Liter	1.60
Malaga	per Liter	1.90
Insel Samos	per Liter	2.10

Alles inkl. Steuer. 8227

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer, für die Anzeigen: Max Tokus. — Redaktion: Gräbschener Straße 3. — Verantwortl. Druck: Straße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. Februar.

Große Kundgebung der Breslauer Eisenbahner.

Gegen 4000 Breslauer Eisenbahner demonstrieren.

Am Mittwoch nachmittag in der siebenten Stunde versammelten sich etwa 4000 Eisenbahner auf dem Neumarkt, um Stellung zu nehmen gegen jeden weiteren Abbau, gegen die Rechtlosmachung der Beamtenschaft durch die Personalverordnung und schließlich gegen die Verweigerung der Lohnzulage. Kollege Fuhrmeister schilderte in einer kernigen Ansprache den Leidensweg und die zunehmende Sorge um die Existenz unter den Eisenbahnern. Die Entlassungen gehen immer munterer vonstatten. Angeblich, weil kein Geld da ist. Aber in Wirklichkeit führen eine Handvoll höhere Beamte ein luxuriöses Leben und für kostspielige Büroeinrichtungen sind die Mittel vorhanden. — Die Reichsbahnhauptverwaltung leistet sich Brutalitäten gegen die werteschaffenden Eisenbahner, die jeder Beschreibung spotten. Leute mit 20- bis 30jähriger treuer Dienstzeit fliegen rücksichtslos aufs Pflaster. Die Reichsbahn soll ein Volkswirtschaftsunternehmen sein, sie ist aber tatsächlich ein Profitwirtschaftsunternehmen. Hier muß ein gründlicher Wandel eintreten. Kollege Großmann pflichtete als zweiter Redner diesen Ausführungen bei und teilte unter anderem mit, daß das Gewerkschaftskartell, das Landesarbeitsamt Schlesien, der Breslauer Magistrat und andere Instanzen bereits Schritte getan hätten, um dem Eisenbahnerelend zu steuern. Einen Erfolg haben diese Maßnahmen aber bisher noch nicht gezeitigt. Der Herr Geheimrat Kühne von der Berliner Hauptverwaltung, einer der Hauptverantwortlichen, ist scheinbar überhaupt nicht zu sprechen. Zum Schluß stimmte die Menge einstimmig folgender Entschließung zu:

Die Kundgebung der Breslauer Eisenbahner auf dem Neumarkt am 17. Februar 1926 unter Führung der Ortsgruppe Breslau des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands erhebt schärfsten Protest gegen die Stellungnahme der Reichsbahn-Hauptverwaltung gegenüber ihrem Personal. Trotz Verminderung des Personals um 30 bis 35 Prozent, trotz der entnervenden Arbeitsmethoden, sowie der willkürlichen Handhabung der Dienstdauervorschriften, weigert man sich, den Bediensteten eine menschenwürdige Existenz zu bieten. Deutsches Recht und deutsche Gesetze sollen illusorisch gemacht und für die Gesellschaft als nicht gültig angesehen werden. Unter dem Deckmantel der Reparationen birgt die Reichsbahn-Gesellschaft Pläne, wie sie rücksichtsloser und brutaler in ihrer Auswirkung von den ärgsten Feinden des deutschen Volkes nicht erdacht werden können. Mit einer Skrupellosigkeit, die ihresgleichen sucht, ist die deutsche Reichsbahn der Volkswirtschaft entrissen und in die Profitwirtschaft einzelner Leute, die sich deutsch nennen, überführt worden zum Schaden des Volksganzen. Mit äußerster Rücksichtslosigkeit hat man tausende von bewährten Kräften zwangsweise nach jahrzehntelanger Arbeit pensioniert und ins Elend gestoßen. Tausende anderer bewährter Kräfte sollen in ihrer Existenz geschädigt und einer ungewissen Zukunft ausgeliefert werden. Weitere Hauptwerkstätten in Breslau sollen stillgelegt und die langjährigen, verheirateten, bodenständigen Bediensteten dem Erwerbslosenelend preisgegeben werden. Auf diesem Elend ihrer Bediensteten treibt die Gesellschaft die wüsteste Verschwendung von Volksvermögen, das Tausende von Arbeitern und Beamten unter großen körperlichen Opfern in Unkenntnis der Unfallverhütungsvorschriften erarbeitet haben, in Form von Wartegeldern, Abfindungssummen, Korruptionszulagen, Luxusbüroeinrichtungen, Repräsentationswohnungen, überflüssigem Bahnschutz und Streikbrechereinrichtungen.

Nicht aber hat die Gesellschaft Mittel übrig für ihre schaffenden, dabei darbenden Bediensteten. Mit Recht türmen sich die Wogen der Empörung innerhalb des Reichsbahn-Personals, sowie der breiten Oeffentlichkeit gegen die verhängnisvolle Personalpolitik der Reichsbahn-Hauptverwaltung.

Die Demonstranten rufen der Regierung und den Volksvertretern in den Parlamenten zu: Schützt deutsches Recht und deutsches Eigentum vor der Ausbeutung zugunsten Einzelner! Werdet hart! Helft Treu und Glauben wahren!

Die Demonstration fordert und erwartet von den maßgebenden Instanzen, daß sie für die Durchführung folgender Punkte Sorge tragen:

1. Einstellung des Personalabbaues bei der Reichsbahn;
2. Wiedereinführung des Achtstundentages und dementsprechende Aenderung der Dienstdauervorschriften;
3. Sicherung der in dem Reichsbahngesetz und der Personalordnung verbrieften Rechte des Personals;
4. Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedsspruches;
5. Abschaffung der Korruptionszulagen. —

Ein Demonstrationsumzug fand nicht statt.

Der kommunistische Listenschwindel

wird in der „Arbeiterzeitung" erneut verteidigt, und zwar im Anschluß an den Fall des roten Frontkämpfers Herzel, Lewaldstraße 25, der seine Frau veranlaßt hat, mit der zweideutigen Sammelliste hausieren zu gehen. Wir sollen damit „den Arbeiter Herzel denunziert" haben, und zwar mit dem von der „Arbeiterzeitung" beklagten Erfolge, daß ein Teil der Frauen ihr Geld zurückhaben und ihren Namen von der Liste gestrichen haben wollten. Fürchterlich jammert das Blatt: „Wenn die im Hause Lewaldstraße 25 wohnenden Arbeiter und ihre Frauen sich im Streit befinden und sich dort erregte Szenen abspielen, so ist das auf die Verhetzung der „Volkswacht" zurückzuführen." Dann werden „die ehrlichen SPD.-Arbeiter" gefragt, was sie zu dieser Handlungsweise ihrer Führer sagen.

Die Frage ist leicht zu beantworten, denn die „Volkswacht" hat neben Warnungen unserer Parteileitung nur der Empörung ehrlicher SPD.-Arbeiter über den kommunistischen Listenschwindel Ausdruck gegeben. Wenn die „Arbeiterzeitung" sagt, Frau Herzel habe das Geld an die zuständige Stelle abgeliefert, dann stimmt das eben nicht, denn die Groschen, die sich unsere Genossinnen und Genossen abdarben, um die Fürstenhabgier zurückzuweisen, gehören nicht in die kommunistische Parteikasse. Die von der „Arbeiterzeitung" selbst geschilderte Empörung im Hause sagt doch deutlich genug, daß sich die Frauen durch die kommunistische Sammlung betrogen fühlen. Man sehe sich alle Sammellisten genau an! Kein Pfennig auf Listen, wo von unserer Partei und den Kommunisten zugleich die Rede ist.

Wer die Fürstenansprüche ernsthaft zurückweisen will, der zeichne nur auf die deutlich erkennbaren Sammellisten der Sozialdemokratischen Partei. Wir brauchen auch nötig jeden Pfennig, denn unsere Partei hat den Volksentscheid organisatorisch durchzuführen, während die Kommunisten praktisch so gut wie gar nichts leisten.

Notbaracken auf der Viehweide.

Das Wohnungselend in Breslau ist groß, ja ziffernmäßig größer als anderwärts, und am schlimmsten sind wohl die daran, die infolge von Exmittierung gar kein Heim mehr haben, und irgendwo in einem Notquartier hausen müssen, sei es im Asyl, im Bürgerobdach, oder in einzelnen Fällen auch in Gasthäusern. Natürlich muß der Magistrat in diesen Fällen meistens die Kosten solcher Unterbringung von wohnungslosen Familien und Einzelpersonen tragen. Man strebte jedoch darnach, hier ein einfacheres und billigeres System der Unterbringung zu schaffen und so sind denn in der verlängerten Langen Gasse, auf der sogenannten Viehweide, vor den früheren Schießständen, neuerdings zwei Holzbaracken geschaffen worden, zu denen noch ein besonderes Wirtschaftsgebäude gehört. Jede Baracke enthält je vierzehn Wohnräume für je eine Familie, außerdem dienen zwei größere Räume dem gemeinsamen Aufenthalt, besonders der Kinder. Das erwähnte Wirtschaftsgebäude beherbergt zwei Waschküchen, zwei Trockenräume, sowie mehrere kleine Kammern für die Lagerung von Kohle und Holz. Sämtliche Baracken stehen auf massivem Fundament, sie sind also von unten her keiner Feuchtigkeit ausgesetzt, außerdem ist auch Vorsorge dafür getroffen die Räumlichkeiten möglichst ungezieferfrei zu halten. Zwei getrennte Aborte für Männer und Frauen sind vorhanden; die Abortanlage selbst ist an das Kanalisationsgesetz angeschlossen. Sehr praktisch und vorteilhaft wirkt auch eine elektrische Lichtanlage, sodaß Feuersgefahr, wenn auch nicht ausgeschlossen, so doch stark vermindert erscheint. Ein Drahtzaun umfriedigt die ganze Anlage, die sich wie eine kleine Wohnkolonie ausnimmt. Ein mit Pfählen abgestecktes Geländestück soll späterhin eventuell zum Spielplatz für die zu den Baracken gehörigen Kinder umgewandelt werden.

Eine große Bequemlichkeit bieten auch die praktisch gebauten Kachelöfen mit Kochplatten. In den Wohnräumen stehen des weiteren je vier eiserne Bettstellen mit entsprechenden Auflegematratzen und Keilkissen. Feste große Schränke sind für Kleidungsstücke da, darüber hinaus ist an Kleiderhaken kein Mangel. Außerdem steht in den Wohnräumen je ein großer Tisch nebst vier Stühlen. Kleine Küchentische sind gleichfalls vorhanden, ebenso Waschtoiletten. Die Betten muß sich allerdings jeder selbst mitbringen.

Eine Baracke ist bereits voll belegt und zwar mit vierzehn Familien. Selbstverständlich erfolgt die Belegung auch der zweiten Baracke baldmöglichst, jedoch können vorläufig nur Familien berücksichtigt werden. Neben den eingangs schon erwähnten Exmittierten, bringt das Wohlfahrtsamt, dem die Wohnbaracken unterstehen, auch Optanten hier unter, die immer noch, wenn auch vereinzelt, von Schneidemühl bei uns in Breslau eintreffen. Die Baracken gelten nicht als Wohnungen, sondern nur als Notunterkunft, bis der Wohnungskommissar den einstweilig Untergebrachten eine entsprechende Wohnung zuweist.

Das Besorgen von Einkäufen aller Art ist für die in den Baracken wohnenden Frauen, insofern nicht gar so schwierig, als die benachbarte und gleich erreichbare Posenerstraße oder Westendstraße hierzu ausreichende Gelegenheit bietet. Es sei auch noch bemerkt, daß die Baracken Trinkwasseranschluß haben. Es ist also im großen und ganzen für alles gesorgt und man darf wohl hoffen, daß die in den Baracken Wohnenden den Umständen gemäß durchaus zufriedengestellt sind.

Wer über eigene Möbel verfügt, darf diese in den Baracken nicht aufstellen. In solchen Fällen übernimmt eventuell das Wohlfahrtsamt die Einstellung und vorläufige Aufbewahrung der Möbel in besonderen Möbelspeichern. Wie wir ferner noch erfahren, will man die in Kürze zum Abbruch kommenden Baracken des Blücherplatzes und des Neumarktes ebenfalls teilweise als Notwohnungen verwenden und auf diese Weise wird sich also der Barackenkomplex der Viehweide gar bald vergrößern. Für jugendliche Obdachlose soll gleichfalls eine dieser Baracken demnächst Verwendung finden. Hoffentlich verschwinden die Baracken des Blücherplatzes nun endlich, damit der Frühmarkt ein größeres Feld erhält. Auch die Baracke des Neumarktes wirkt ja nicht gerade als eine Zierde und so würden wir auch hier ihr baldiges Verschwinden nur begrüßen. Die Verwendung ausrangierter Eisenbahnwagen zu Wohnzwecken erachtet der Breslauer Magistrat als unzweckmäßig.

Politische Bildungskurse.

Um einen Jeden mit den Verhältnissen der kommunalen Verwaltung vertraut zu machen, beginnt Sonnabend, den 20., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer am schwarzen Brett, unter Leitung unseres Genossen Stadtrat Tilch ein politischer Bildungskursus über das Thema „Kommunalpolitik".

Als Bürger der Stadt dürfte wohl ein jeder Genosse das Interesse haben, sich mit dem Gebiet vertraut zu machen.

Der Kursus findet an den kommenden fünf Sonnabenden statt und ist hierfür eine Gebühr von 75 Pf. zu entrichten. Darum ergreife man die günstige Gelegenheit, sein Wissen zu bereichern.

Steuererleichterungen für Kriegsbeschädigte.

Verschiedentlich haben sich die Kriegsbeschädigten in letzter Zeit darüber beschwert, daß sie von den Finanzämtern trotz ihrer oft erheblichen durch den Krieg verursachten Verletzungen steuerlich nicht mit dem erforderlichen Entgegenkommen behandelt werden. Vereinzelt haben sie den Wunsch ausgesprochen, von Steuerzahlungen gänzlich befreit zu werden. Man ist diesem Wunsche zwar nicht entgegengekommen, aber der Reichsfinanzminister hat immerhin in einem Erlasse vom 26. Januar 1926 die ihm unterstellten Behörden darauf hingewiesen, daß auch die gegenwärtige Gesetzgebung die Möglichkeit bietet, den Kriegsbeschädigten, namentlich solchen, die schwerkriegsbeschädigt sind, und ein geringes Einkommen und Vermögen besitzen, erhebliche Erleichterungen oder gar Befreiungen zu gewähren. Der Inhalt dieses Erlasses verdient, in Interessentenkreisen durchaus verbreitet zu werden.

Schon vor einiger Zeit ist bereits ausführlich an dieser Stelle von den Vergünstigungen die Rede gewesen, die den Kriegsbeschädigten bei der Lohnsteuererleichterung zustehen. Es sei daher nur kurz nochmals darauf verwiesen, daß für sie eine Erhöhung der steuerfreien Beträge in Betracht kommt.

Soweit die Kriegsbeschädigten nicht lohnsteuerpflichtig sind, sondern zu denjenigen gehören, die Einkommensteuervorauszahlungen zu leisten haben, hat der Minister darauf hingewiesen, daß sie bei den Vorauszahlungen die mit Rücksicht auf ihre Kriegsbeschädigung entstandenen Mehraufwendungen als Werbungskosten von ihren Bruttoeinnahmen abziehen dürfen. Ferner kann ihnen als Landwirten oder Gewerbetreibenden ein Teil der Vorauszahlungen gestundet werden, wenn die völlige Entrichtung der Vorauszahlung mit Rücksicht auf die durch die Kriegsbeschädigung notwendig gewordenen Mehraufwendungen eine unbillige Härte bedeuten würde. Bei der endgültigen Veranlagung zur Einkommensteuer können bekanntlich besondere wirtschaftliche Verhältnisse von Personen mit einem Höchsteinkommen bis zu 30 000 Mark durch Ermäßigung oder Erlaß der Einkommensteuer beachtet werden, wenn durch solche Verhältnisse die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigt wird. Sehr häufig werden die außergewöhnlichen Belastungen, die bei Kriegsbeschädigten, insbesondere Schwerkriegsbeschädigten, durch vermehrte Ausgaben und verminderte Einnahmen entstehen, zu einem Erlaß, mindestens zu einer erheblichen Ermäßigung in der Einkommensteuer, führen können.

Bei der Vermögensteuer sei darauf Bezug genommen, daß Personen, die ein Vermögen von 20 000 Mark und ein letztes Jahreseinkommen von 5000 Mark oder ein Vermögen von 30 000 Mark und ein letztes Jahreseinkommen von 4000 Mark nicht überschreiten, überhaupt keine Vermögensteuer zu zahlen haben, wenn sie erwerbsunfähig sind oder nicht nur vorübergehend behindert, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Diese Voraussetzungen werden bei Schwerkriegsbeschädigten sehr häufig vorliegen.

Bei den anderen Steuern, insbesondere der Umsatzsteuer, ist zwar eine besondere Begünstigung gesetzlich nicht vorgesehen. Aber auch bei ihnen werden die Steuerpflichtigen auf Grund der Abgabenordnung Stundung, Ermäßigung und evtl. Erlaß bisweilen durchsetzen können, wenn ihre durch die Kriegsbeschädigung bedingten Verhältnisse ein solches Entgegenkommen rechtfertigen.

Der Reichsfinanzminister hat allgemein die Behörden angewiesen, Anträge von Kriegsbeschädigten auch bei Steuern, bei denen gesetzliche Vergünstigungen für sie nicht besonders festgelegt sind, wohlwollend zu behandeln. Derartige Anträge sollen nur dann beanstandet werden, wenn ein erhebliches finanzielles Interesse vorliegt oder der Grundsatz gleichmäßiger Behandlung und Besteuerung trotz der Kriegsbeschädigung des einzelnen Antragstellers gewahrt werden muß.

Verkehrsaufklärung im Kino.

Die Hauptverkehrsstelle des Breslauer Polizeipräsidiums hat den hiesigen Lichtspieltheatern Einzelbilder zu Projektionszwecken zur Verfügung gestellt, damit dem Kinopublikum in anschaulicher Weise alles das vor Augen gestellt wird, was nun einmal heute zum modernen Verkehrsproblem gehört. — Die Bildserien werden ausgewechselt bzw. wöchentlich durch neue ersetzt. Bei der Wichtigkeit der Verkehrsfrage kann man es nur gutheißen, wenn die Polizei auf alle mögliche Weise das Publikum hierfür zu interessieren sucht. Vor der Hand wissen ja viele immer noch nicht, wie man sich eigentlich an einer verkehrsreichen Kreuzungsstelle als Fußgänger zu verhalten hat, und es wird noch vieler Aufklärung bedürfen, um hier das von der Polizei Angestrebte voll zu erreichen. In erster Linie muß die Jugend hier aufgeklärt werden.

Raubrittermanieren.

Uns wird vom Reichsbanner geschrieben:

Im Volksmunde läuft ein schönes Sprichwort herum, das seine Berechtigung bisher stets erwiesen und nur in den allerseltensten Fällen Lügen gestraft wird; nämlich: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamme". Alles, was mit der ehemaligen Konservativen, jetzt Deutschnationalen Volkspartei irgendwie in Zusammenhang zu bringen ist, oder auch nur mit dieser Partei in Verbindung tritt, nimmt die Manieren der Ur- und Stammväter dieser Partei, der ehemaligen Raubritter von Itzenplitz und wie sie alle heißen mögen, todsicher an und es mutet einem ganz sonderbar an, wenn man unter den Nachfolgern dieser Itzenplitze einmal einen Menschen findet, der die rohe Gewalt in seiner Kampfesweise ablehnt und seine Meinung in der Form zum Ausdruck bringt, wie es sich für einen Kulturmenschen gebührt. Daß wir mit unserer ersteren Behauptung des Pudels Kern treffen, beweist das Verhalten des Stahlhelms und der ihm aufs engste liierten völkischen Verbände allen denen gegenüber, die nicht in der Monarchie das Allheilmittel für die Wiederaufrichtung eines durch Monarchisten zugrunde gerichteten Volkes erblicken. Wie Raubritter und Strauchdiebe fallen sie über wehrlos des Weges kommende anders Gesinnte her und glauben, daß sie mit dem Niederschlagen eines einzelnen eine Bewegung vernichten können, die tief in den Herzen des ehrlichen deutschen Volkes Wurzel gefaßt und zu einer unerschütterlichen Mauer zum Schutze der deutschen Republik geworden ist. Das, was sich diese Horden in Gotha geleistet haben, wo sie wie echte Strauchdiebe unseren Bundespräsidenten und andere Reichsbannerkameraden überfielen und in einer Weise zurichteten, daß sie sich zum Teil in ärztliche Behandlung begeben mußten, erleben wir an allen Ecken und Enden des Deutschen Reiches. Wie der feige Schakal der Wüste stürzt dieses Gezücht plötzlich aus dem Dunkeln über wehrlose Menschen her und stillt seine durch unzählige Fememorde aufgepeitschte Blutgier durch Niederschlagen seines meist wehrlosen Gegners. Im offenen Kampfe dem Gegner gegenüberzutreten, wenn er mit den gleichen Waffen ausgerüstet ist, dazu war diese Brut ja schon während des Weltkrieges zu feige, da amüsierte man sich wohlweislich in der Etappe, wo es nicht so gefährlich war, aber den eigenen Volksgenossen niederzuschlagen, das ist noch viel ungefährlicher, wenn man vor allen Dingen noch weiß, daß einem ja nichts passieren kann, da ja nach dem alten Wort: „Haltet den Dieb!" immer der Gegner schuld war und diese

Wybert Tabletten in allen Apotheken u. Drogerien Mk. 1.—
bei Husten, Heiserkeit, Katarrh

Henko macht hartes Wasser weich!
Geben Sie vor jedem Waschen einige Handvoll Henko Bleich-Soda in den Kessel. Henko gibt weiches Wasser und verbilligt das Waschen sehr!

Benutze die Buchkarte!
Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige Schätze von unermeßlichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5

Schuld auch von den republikanischen Richtern meistens immer nur auf seiten des Angegriffenen gefunden wird. Arme deutsche Republik, wann endlich werden sich auch die Behörden darauf besinnen, daß sie zum Schutze der Republik da sind und daß man früher einen Gegner des Staates auf dem schnellsten Wege unschädlich machte. Wann endlich werden sich Richter finden, bei denen der Republikaner nicht vogelfrei ist? Wagt man sich an den Gegner nicht nach Raubritterart heran, weil man befürchten muß, bei dessen Stärke doch einmal den schon längst verdienten Zahlaus zu erhalten, dann versucht man es auf eine andere Weise, dann findet sich immer ein Subjekt, das den Gegner provoziert und wenn der Gegner auch Ehrgefühl hat und sich diese Provokation nicht gefallen läßt, dann ist er eben wieder der Schuldige. Zeugen, die dieses bestätigen, finden sich ja immer. Heut gilt nur der Eid eines Republikaners, und sei es selbst der eines Beamten, nichts mehr, dafür der Eid aber eines Monarchisten um so mehr. Ist bei solchen Vorgängen noch die Polizei auch nicht so eingestellt, wie es sich eigentlich für Gehaltsempfänger der Republik gehören würde, dann kann man schon bei der Feststellung der Personalien erleben, daß die Zeugen des Monarchisten zwar zugelassen, diejenigen des herausgeforderten Republikaners zum Protokoll nicht zugelassen werden. So ist es auch am 24. Januar auf dem Hauptbahnhofe geschehen. Dort hat ein Stahlhelmmann, der schon in der Bahnhofshalle von dem dort diensttuenden Beamten infolge seines provokatorischen Verhaltens zur Ruhe verwiesen wurde, unsere zu Hunderten von der Veranstaltung in Rothsürben zurückkehrenden Kameraden in unerhörter Weise provoziert. Als er dann für diese Provokationen von Zivilisten einen Denkzettel erhielt und sich selbst noch einige Kameraden schützend vor diesen teutschen Helden stellten, da nahm die Schupo zwar einen unserer Kameraden mit zur Wache und drei Zivilisten, denen man ihre monarchistische Einstellung schon von weiter Entfernung ansah, Zeugen aber, die in der Lage waren, die Vorgänge einwandfrei zu schildern, ließ man selbst nicht zu. Ein typisches Beispiel für das Gerechtigkeitsgefühl manches Beamten. Die Behörden treiben mit der Geduld der Republikaner ein gefährliches Spiel. Es gibt einen Punkt, wo auch die bisher bewiesene Langmut der Republikaner ein Ende hat und ein Ende haben muß, wenn nicht der Artikel der Verfassung, nach dem jeder deutsche Staatsbürger gleiches Recht für sich in Anspruch nehmen darf, zur Farce werden soll. Die vielen Ueberfälle und Provokationen von Reichsbannerleuten haben innerhalb der Kameraden eine Stimmung erzeugt, die man als auf dem Siedepunkt angelangt bezeichnen darf. Wenn sich der ganze durch die unerhörten Beschimpfungen, Bedrohungen, Mißhandlungen und Ueberfällen von Kameraden erzeugte Groll einmal entladen wird, dann werden die Behörden mit Schrecken gewahren müssen, was es heißt, an Dingen achtlos vorübergegangen zu sein, auf die sie immer und immer wieder hingewiesen worden sind. Sie allein tragen dann die Verantwortung, wenn es den Leitungen der einzelnen Ortsgruppen des Reichsbanners nicht mehr gelingen sollte, den immer und immer wieder stattfindenden Angriffen der Rechtsbolschewisten mit Mahnungen zu Ruhe und Besonnenheit zu begegnen; sie allein tragen die Verantwortung, wenn in deutschen Städten und Dörfern Bruderblut fließt, sie allein sind schuld daran, wenn sich in dem ohnehin schwer geprüften Lande das Recht gewaltsam durchsetzen muß. Die Behörden sind nochmals gewarnt. Ueber die buchstäbliche Feigheit dieser Gesellschaft, wenn es gilt, das, was sie getan hat, zu verantworten, ein andermal mehr.

---

* **Zum Boykott der Zigarrenhändler** gegen die Firma „Halpaus-Zigarettenfabrik“ wird uns mitgeteilt, daß nunmehr eine Einigung bezüglich des Großhandelspreises für die Marke „Rarität“ erzielt wurde, ohne daß hierdurch weder der Kleinverkaufspreis von 4 Pfennig noch die Qualität und das Facon eine Aenderung erfährt. Der Boykott ist damit ausgestanden.

* **Die 5. Ostdeutsche Kaninchen- und Produktenschau**, veranstaltet vom Verein der Kaninchenzüchter für Breslau und Umgebung, findet vom 19.—21. Februar im Schießwerdersaal, verbunden mit großer Verlosung statt.

* **Arnolt Bronnens „Ostpolzug“ im Rundfunk.** Das mit Erfolg im Staatstheater Berlin zur Aufführung gelangte Monodrama „Ostpolzug“ wird von Alfred Beierle am 21. Februar in der Schlesischen Funkstunde zum Vortrag gebracht.

* **Jubiläum der Markthallen.** Am 16. Februar 1901, also vor nunmehr fünfundzwanzig Jahren, wurde in der Markthallen-Deputation die Errichtung der beiden Markthallen am Ritterplatz und an der Gartenstraße beschlossen.

* **Die juristische Sprechstunde** findet am Sonnabend, den 20. Februar, nicht, wie angekündigt, von 3 bis 4 Uhr, sondern von 3½ bis 4½ Uhr statt.

* **13. Ziehungstag Preußische Süddeutsche Klassenlotterie.** Wie uns die Firma Arndt, Staatliche Lotterie-Einnahme, Breslau 5, Eckhaus Tauentzienplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: **5000 Mark** auf Nr. 55 035, 152 432, 279 821; **3000 Mark** auf Nr. 8505, 27 953, 54 686, 58 238, 61 274, 94 831, 130 823, 214 369, 214 722, 272 810, 277 893; **2000 Mark** auf Nr. 10 039, 37 733, 61 488, 90 326, 109 637, 117 594, 137 659, 155 887, 159 832, 220 907, 231 265, 247 374, 251 252, 274 416, 276 454, 282 103, **1000 Mark** auf Nr. 291, 4631, 14 733, 22 135, 22 185, 29 465, 42 935, 49 305, 92 118, 97 153, 108 146, 132 308, 135 214, 145 894, 176 301, 177 213, 184 252, 207 188, 217 400, 223 585, 244 923, 245 100, 262 701, 267 742, 290 585, 297 163.

* **Straßenbahnkarten.** Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn wird künftig am ersten und letzten Werktage jedes Monats ihre Kasse Steinstraße 71/73 für den Zeitkartenverkauf bis 6 Uhr Nachmittag offen halten. Sofern der erste und der letzte Monatstag auf einen Sonn- oder Feiertag fallen, wird die Fahrkartenverkaufsstelle Steinstraße 71/73 auch an diesen Tagen bis 1 Uhr Mittag geöffnet sein.

* **Das Amt für politische Bildung der Breslauer Studentenschaft** veranstaltet am Freitag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Auditorium I einen Vortrag des Schriftstellers Georg Stammler: „Vom Aufbruch der Artamanen.“ Eintritt frei.

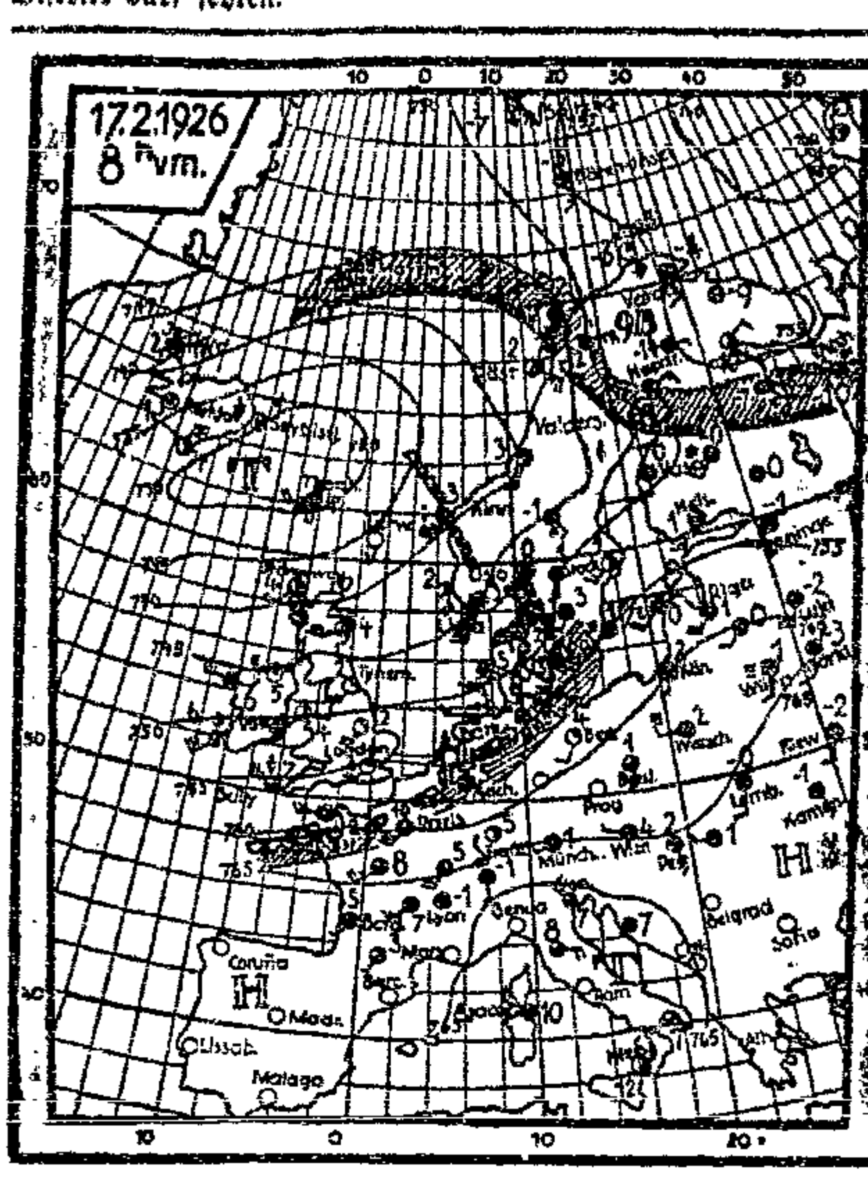
* **Silberhochzeit** feiert heute der Arbeiter Ernst Dubiel, Scheitnigerstraße 54, mit seiner Ehefrau Bertha. Genosse Dubiel ist seit 1909 im Bauarbeiterverbande und seit seiner Verheiratung Leser der „Volkswacht“.

* **Das neue Heim der Volkshochschule.** Die Breslauer Volkshochschule konnte am vergangenen Sonntag ihr, aus einer ehemaligen Baracke neu geschaffenes Heim auf dem Bürgerwerder (Zugang an der Wilhelmsbrücke 9) eröffnen. Nach einem einleitenden Gesang des Quartetts des Gesangvereins Breslauer Lehrer sprach Dr. Grumblow einen selbst gedichteten Vorspruch, der das Heim als „klein, aber unser“ pries und es als ein Werk der Gemeinschaft der Arbeit, der Erholung und des Festes kennzeichnete. Es folgte eine Ansprache der Volkshochschülerin Frieda Golsch, die in der Volkshochschulbewegung und in der Heimbewegung im besonderen den Willen erblickte, Brücken zu schaffen zwischen dem endlichen und dem unendlichen Geiste. Ihre Ausführungen fanden lebhaften Beifall, worauf der Leiter der Volkshochschule, Dr. Menn, die philosophisch-unterrichtlichen, die geschichtlichen und die sittlichen Zusammenhänge bewies, in die die Arbeit der Volkshochschule hineingestellt ist. Stadtschulrat Dr. Lauterbach übermittelte dann noch namens des Verwaltungsausschusses als dessen Vorsitzender den Dank an alle, die das Heim haben schaffen helfen. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß hier die Gemeinschaftsarbeit der Volkshochschule zu einem Gemeinschaftsgefühl sich entwickeln möge. Endlich sprach dann noch Professor Dr. Rosenstock, als Leiter der Beratungsstelle für das Volkshochschulwesen an der hiesigen Universität, deren Grüße und Wünsche er überbrachte. Ein weiteres Quartett des Gesangvereins Breslauer Lehrer beschloß die stimmungsvolle Feier.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

Erweiterter Parteivorstand. Freitag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, muß alles im Zimmer 9 zur Stelle sein. Kein Distrikt darf fehlen.



Zeichenerklärung: ○ wolkenlos, ◔ ⅟₄ bedeckt, ◑ ½ bedeckt, ◕ ¾ bedeckt, ● ganz bed., ⁚ Regen, ✱ Schnee, △ Graupel, ▲ Hagel, ⊤ Gewitter, ∞ Dunst, ≡ Nebel.
Die Spitzen der Windpfeile liegen im Stationskreis; die Befiederung gibt die Windstärke an. Windstille: ◎. Die Zahlen geben die Temperaturen in C°.
Beispiele: 3 ○ wolkenlos, leichter Ost, 3°; 15, ¾ bedeckt, Gewitter, mäßiger Südwest, 15°, ganz bedeckt, Schnee, starker Nordwest, −4°.
Gebiet mit Schauern – anhaltend Niederschlag – niederschlägen – Zusammenhängendes Nebelgebiet.
Warmfront (Aufgleitlinie) – Kaltfront (Einbruchslinie) – Divergenzlinie.
Fronten, die nur in der Höhe erkennbar sind, werden durch die gleichen Symbole aber mit offenen Feldern angedeutet. Schwach ausgeprägte Fronten werden durch losere Felder gekennzeichnet.
Die Orte mit gleichem auf Meeresspiegel reduziertem Luftdruck sind durch feinere ausgezogene Linien (Isobaren) verbunden. Hochdruckgebiete sind durch H, Tiefdruckgebiete durch T gekennzeichnet. Die Luftdruckwerte in mm-Quecksilber sind als dreistellige Zahlen angegeben. Zur Nummerierung der Zyklonen dienen große offene arabische Ziffern mit lateinischen Großbuchstaben.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Die Wölbung der schwächeren von Westen kommenden Regenfronten wurde in Schlesien wieder zum größten Teil durch Föhneffekt wesentlich abgeschwächt. Im Süden der Britischen Inseln ist aber eine neue Welle warmer subtropischer Westluft vorgestoßen. Die Ausbildung einer äußerst intensiven Sturmzyklone ist daher über den Kanal erfolgt. Kräftige Regenstürme werden aus ganz Nordfrankreich, Südfrankreich und Westdeutschland gemeldet. Der Kurs der Zyklone ist vorläufig ostwärts gerichtet. Die unbeständige Witterung bleibt daher erhalten. Aussichten: Unbeständig mit Regen, Temperatur noch mehrere Grad über Null, zeitweise recht lebhafter westlicher Wind.

Letzte Wetternachrichten.

Datum 18. 2. 26.	Temperatur heut früh	Maxim.	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag	Schneehöhe cm
Krietern	6	10	2	Regen	SSO 3	2	
Schneekoppe	−3	−2	−4	Schnee	SW 8	5	54
Grünberg	5	10	2	Regen	SSO 4	7	
Oberschreiberhau	3	5	2	„	S 6	14	
L.-Schles. Baude	−1			Nebel	NW		70—80
Reifträgerbaude	−2			Schnee	W 8		85
Reinerz	3	7	1	Regen	SW 6	15	
Landeck	4	7	0	„	SSW 8	1	
Görlitz	6	6	3	„	SSW 3	1	
Bad Flinsberg	3	5	1	„	SO 3	17	
Beuthen	3	6	1	halbbedeckt	O 2		
Proskau	5	9	1	Regen	SW 5	gering	
Heufuderbaude	−1	1	−4	Schnee	SO 1		50—70
Kreuzburg	4	7	2	Regen	S 5	gering	
Neisse	6	9	2	bedeckt	WSW 6		
Rosenberg	3	7	1	Regen	S 6	gering	
Gleiwitz	4	6	1	„	SSW 3	gering	
Zobten							

Wasserstand

18. Februar.

Ratibor	1,50	Dyhernfurth	1,45
Neisse (Stadt) 17. 2.	−0,55	Abflußmenge sekundlich 80 cbm	
Neissemündung (Unter-Pegel)	1,64	Trebnitz	1,08
Korsten (Unter-Pegel)	2,08	Fürstenberg	0,00
Brieg (Pfarrbrun)	2,32	Wasserwärme: +3,9	

Vereinskalender.

Erster Arbeiter-Anglerverein Breslau, e. V. Sonntag, 21. Februar, vormittags 9 Uhr, im Gesellschaftshaus „Wratislawia“ (früher Exner), Mauritiusplatz. Versammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. J. A.: Der Vorstand.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Freitag, den 19. Februar, im Gewerkschaftshause, Zimmer 6, Versammlung der Zwischenmeister und selbständigen Heimarbeiter.

Arbeiter-Sport

Erster Arbeiter-Anglerverein in Breslau, e. V. Sonntag, den 21. Februar, vormittags 9 Uhr, im Gesellschaftshaus „Wratislawia“ (früher Exner), Mauritiusplatz, Versammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Sportverein 1897 (Germania) kämpft gegen Atlas-Bunzlau unentschieden. Am letzten Sonntag weilten einige Mitglieder des Sportvereins 1897 in Bunzlau, um einen Wettkampf im Ringen und Heben gegen den Bundesverein Atlas-Bunzlau auszutragen. Im Rahmen eines Winterfestes, vom dortigen Sportkartell veranstaltet, an dem sämtliche Arbeitersportler durch Darbietungen glänzten, fand derselbe im Volkshaus vor überfülltem Saale statt. Im Wettkampf im Heben (ein Vierkampf) schlug Keitsch, 1897, seinen Gegner Kloßmann, Bunzlau; im Mittelgewicht mußte Aßmann, 1897, von dem hervorragenden Roßdeutscher, Bunzlau, der einarmig 135 Pfund und beidarmig 196 Pfund bewältigte, sich schlagen lassen. Beeinträchtigt wurde das Heben durch die ganz unvorschriftsmäßige Scheibenstange. Großes Interesse boten die Kämpfe im Ringen: Pätzold, S.V. 1897, im Angriff seinem Gegner, Warmbrunn, Bunzlau, überlegen, konnte eine Entscheidung nicht herbeiführen. Spannend war der Kampf im Federgewicht, hier stieß Keitsch, S.V. 1897, in Heidrich, Bunzlau, auf einen alten Kämpen, der kraftvoll und technisch alles aufbot, um den gut kämpfenden Keitsch zu schlagen, was aber nicht eintrat. Im Leichtgewicht zog Werner, S.V. 1897, alle Register seines Könnens auf, konnte aber bei Schmidt, Bunzlau, der sich taktisch verteidigte, ein Resultat nicht herbeiführen. Einen phasenreichen Kampf lieferten sich Aßmann, S.V. 1897, und Roßdeutscher, Bunzlau, bei denen der Bunzlauer seine Kraft gut anzuwenden weiß, trotz gegenseitiger Angriffslust, bei denen schöne technische Paraden vorkamen, endete auch dieser Kampf unentschieden. Resultat: Sportverein 1897 Breslau — Atlas-Bunzlau 4 : 4.

Arbeiterjugend.

Erwerbslose. Heute nachmittag 2 Uhr, wird in der Schule Rosenstraße eine Werkschule errichtet. Wer Interesse daran hat, kommt hin. Irgendwelche Ausgaben durch Material usw. entstehen nicht.

Heim 8. Heute Donnerstag, wichtige Funktionärsitzung in der Baracke.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Sonnabend ist die Fortsetzung unseres Kursus. Wir sprechen über Gesetzgebung. Das Erscheinen aller Delegierten ist unbedingt notwendig. Der Beginn des Abends ist pünktlich um 8 Uhr im Gewerkschaftshause.

Holzarbeiter-Jugend. Heute ist im Zimmer 8 des Gewerkschaftshauses unser Unterhaltungs- und Liederabend. Wir fangen pünktlich um 8 Uhr an.

Geschäftliches.

Zum Spülen und Putzen ist Henko Henkels Wasch- und Bleich-Soda ein bewährter Helfer. Henko macht ohne Mühe die Glas- und Porzellangegenstände, Fliesen und Wandbekleidungen glänzend und gepflegt, reinigt Wannen und Abflüsse, putzt Bestecke und Töpfe und gibt Holzsachen ein appetitliches, schneeweißes Aussehen.

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 17. Februar 1926 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau verstehen) Tendenz: Getreide: Still. Auswuchsfreies, schweres, für Exportzwecke geeignetes Brotgetreide wird höher bezahlt. — Oelsaaten: Wenig Geschäft. — Mehl: Ruhig. — Sämereien: Schwedischklee und Serabella fester.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):
mittlerer Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	17.	16.	Oelsaaten	17.	16.
Weizen, neuer	23,00	23,00	N. Winterraps	32,—	—
Roggen	14,40	14,40	Leinsamen	32,—	—
Hafer, neuer	14,60	14,60	Senfsamen neu	86,—	—
Braugerst. neu	16,00	16,50	Hanfsaat	22,—	—
Winter-Gerste	14,50	14,50	Mohn, blau neu	106,—	—

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

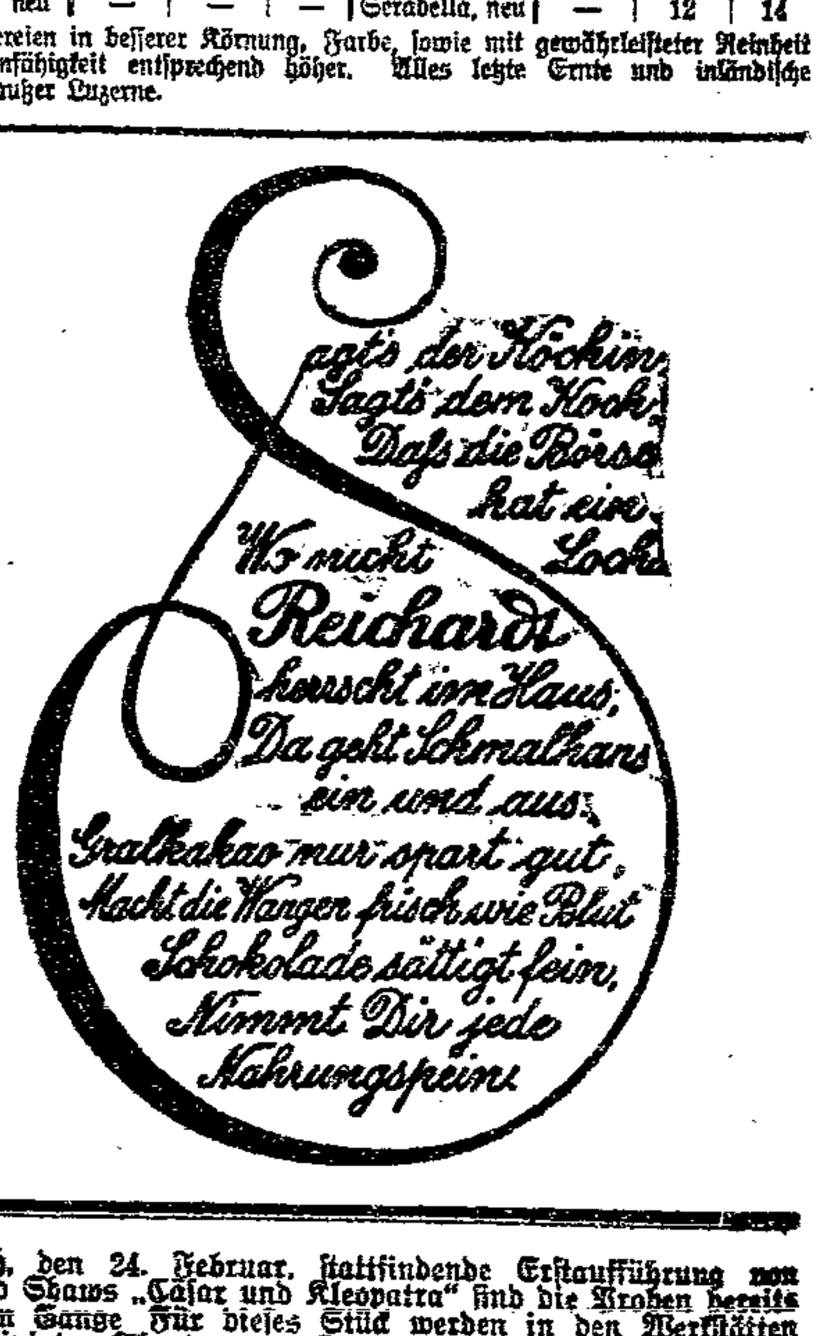
	17.	16.		17.	16.
Weizenmehl *	34 50	34,50	Auszugmehl	40,00	40,00
Roggenmehl *	23,50	23,50			

*) Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Sämereien Landware (für 50 kg).

	geringe	mittlere	gute		geringe	mittlere	gute
Rotklee	—	70	110	Timothy	—	20	30
Weißklee	—	40	70	alles seidefrei			
Schwed. Klee	—	50	85	Raygras	—	22	28
Gelbklee	—	20	31	Serabella, alt	—	—	—
Inkarnat, neu	—	—	—	Serabella, neu	—	12	14

Sämereien in besserer Körnung, Farbe, sowie mit gewährleisteter Reinheit und Keimfähigkeit entsprechend höher. Alles letzte Ernte und inländische Saaten, außer Luzerne.



Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Donnerstag, 7½ Uhr, unter Leitung des Komponisten, die komische Oper „Das verfemte Lachen“ von Fritz Cortolezis. Freitag, 7½ Uhr: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Auf das am Sonnabend 7½ Uhr stattfindende einmalige Gastspiel der Kammersängerin Mafalda Salvatini von der Berliner Staatsoper wird nochmals besonders hingewiesen. Frau Salvatini singt an diesem Abend die Titelpartie in Puccinis Musikdrama „Tosca“, eine Partie, mit welcher sie bei ihren Gastspielen im In- und Auslande stets die glänzendsten Erfolge erzielte. Die Preise für dieses Gastspiel sind nicht erhöht. Sonntag, 7½ Uhr, gelangt Verdis Oper „Rigoletto“ in vollständiger Neuinszenierung von Professor Turnau mit Bühnenbildern von Alfred Mahlau zum ersten Male zur Aufführung. Sonntag, vormittags 11½ Uhr, findet, wie bereits bekanntgegeben, zugunsten der Gründung eines Pensions- und Unterstützungsfonds im Stadttheater ein Symphonie-Konzert des verstärkten Orchesters statt.

Lobetheater. Allabendlich „Der fröhliche Weinberg“. Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, „Das große Welttheater“. Für die am Mittwoch, den 24. Februar, stattfindende Erstaufführung von Bernhard Shaws „Cäsar und Kleopatra“ sind die Proben bereits in vollem Gange. Für dieses Stück werden in den Werkstätten der Vereinigten Theater neue Dekorationen nach Entwürfen von Julius Arnfeld und Kostüme nach Entwürfen von Harry Wilton angefertigt.

Thaliatheater. Heute und morgen die letzten Aufführungen von Goldonis Lustspiel „Der Diener zweier Herren“. Sonntag, Montag und Dienstag abend wird Klabunds chinesisches Spiel „Der Kreidekreis“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Dienstag findet die 66. Aufführung dieses Werkes in Breslau statt. Ab Mittwoch, 24. Februar, wird „Der fröhliche Weinberg“ allabendlich gespielt werden.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Gewerkschaftsbewegung.

Der Arbeitsmarkt Schlesiens.

Der in den westlichen Landesarbeitsamtsbezirken beobachtete Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Arbeitsuchenden- und Erwerbslosenunterstützungsempfängerzahlen ist in der Provinz Niederschlesien noch nicht eingetreten. Im Gegenteil setzte sich die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im gleichen Ausmaße wie in der Vorwoche fort. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg von 119 861 auf 124 924, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von 90 170 auf 94 770. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen lag um 1000 höher als in der Vorwoche, sie betrug 5472 (in der Vorwoche 4489). Im Jahre 1925 war am 4. Februar der Höhepunkt der Erwerbslosigkeit erreicht. Von da an setzte ein Absinken der Arbeitslosenzahlen ein. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug am 11. Februar 1925 in der Provinz Niederschlesien 49 810.

In der Landwirtschaft stieg die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften verhältnismäßig stark an. Wie bisher blieben gesucht, ohne daß in ausreichendem Maße der Nachfrage entsprochen werden konnte, jüngere männliche und weibliche Arbeitskräfte; hierunter auch besonders Burschen bis zu 17 Jahren. Auch nach Deputatfamilien hob sich die Nachfrage.

Im Bergbau bestand geringer Bedarf an Arbeitskräften im Waldenburger Revier. Auch der Landeshuter Bezirk hat Bedarf an jüngeren Schleppern, der örtlich gestellt werden konnte. In der Oberlausitz bestand keine Nachfrage nach Arbeitskräften.

In der Industrie der Steine und Erden fanden weitere Entlassungen bei einzelnen Granitsteinbrüchen statt (Nimptsch, Jauer); doch besteht begründete Hoffnung, daß in den nächsten Wochen der größte Teil der Entlassenen wieder Arbeit in den Steinbrüchen finden wird. Im Schönauer Bezirk konnte ein größeres Kalkwerk wieder einige Leute einstellen, trotzdem im allgemeinen noch verkürzt gearbeitet wird. Im Wohlauer und Bunzlauer Bezirk fanden Betriebseinschränkungen bei einigen Ziegeleiwerken statt. In der Waldenburger Porzellanindustrie wurden weitere Entlassungen beobachtet. Im Hirschberger Bezirk wurden einige kleinere Betriebe in der Glasindustrie geschlossen.

In der Metallindustrie nahm in Breslau in dieser Woche die Zahl der erwerbslosen Metallarbeiter nicht zu. Dagegen lagen aus der Provinz eine Anzahl Meldungen von weiterer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage vor, so aus Neusalz, wo ein größeres Emaillierwerk Entlassungen vornahm, Hirschberg, wo ein bisher gut beschäftigter Betrieb Kurzarbeit einführen mußte und Entlassungen aus anderen Betrieben beobachtet wurden, ebenso in Waldenburg und Schweidnitz, wo gleichfalls die Zahl der Erwerbslosen erheblich stieg. Auch in Görlitz fanden in größerem Umfange Entlassungen und Werksbeurlaubungen statt bei einer Textilmaschinen- und Scheermesserfabrik, bei einer größeren Maschinenbauanstalt und einem Werk der Elektrizitätsindustrie. In Sprottau wurden Entlassungen in größerem Umfange bei einem dortigen Eisenwerk beobachtet.

In der chemischen Industrie hat eine Bleiweißfabrik in Ohlau die Entlassung einer Anzahl von Arbeitskräften in Aussicht gestellt.

Im Spinnstoffgewerbe fanden Entlassungen bei einer Flachsfabrik im Waldenburger Bezirk statt. Auch im Schweidnitzer Bezirk mußte ein Leinenwebereibetrieb eine Anzahl Arbeiterinnen entlassen. Selbst im Reichenbacher Bezirk nahm die Zahl der in der Textilindustrie entlassenen, vornehmlich männlichen Arbeitskräfte, weiter zu. Im Habelschwerdter Bezirk entließ eine Leinenweberei eine Anzahl Arbeitskräfte. Auch in Bunzlau wird zurzeit etwa nur ein Drittel der weiblichen Belegschaft in der Textilindustrie beschäftigt. Ebenso fanden in Landeshut erneut Entlassungen und Werksbeurlaubungen in der dortigen Wäscheindustrie statt.

In der Papierindustrie beabsichtigt eine Papierfabrik in Friedland, Bezirk Waldenburg, demnächst ihren Betrieb wieder aufzunehmen. In Brieg fanden weitere Entlassungen in größerem Umfange bei einer Geschäftsbücherfabrik statt.

In der Lederindustrie nahm eine Geschirrfabrik in Breslau Arbeitszeitverkürzungen vor und entließ eine Anzahl Sattler.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe konnten im Habelschwerdter Bezirk zwei Schachtelfabriken den Betrieb zum Teil wieder aufnehmen und die seinerzeit entlassenen Arbeitskräfte wieder einstellen; ebenso fanden hier Vermittlungen von Arbeitskräften zum Holzschälen statt. In der Möbelindustrie schritt man fast überall zu weiteren Entlassungen. Eine Spielwarenfabrik im Schweidnitzer Bezirk entließ infolge Betriebsstillegung etwa 200 Arbeitskräfte.

Im Bekleidungsgewerbe nahm sowohl in der Maß- als auch in der Konfektionsschneiderei die Zahl der Erwerbslosen weiter zu. Auch in der Schuhindustrie fand infolge Schließung einer Schuhfabrik in Breslau eine Erhöhung der Zahl der Erwerbslosen statt. Dagegen konnten in einer Schuhfabrik in Oels verschiedene Neueinstellungen vorgenommen werden. Entlassungen wurden in einer Handschuhfabrik in Habelschwerdt beobachtet.

Im Baugewerbe fanden infolge der günstigen Witterung eine Anzahl von Vermittlungen, wenn auch in geringem Umfange, statt.

Im Verkehrsgewerbe stieg die Zahl der Vermittlungen zur Oderschiffahrt.

Für ungelernte Arbeitskräfte waren die Arbeitsmöglichkeiten wie bisher stark beschränkt trotz stärkerer Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.

Gehaltskürzungen oder Kündigung.

Karlsruhe, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeitgeberverbände von Handel und Industrie des Handelskammerbezirks Karlsruhe forderten von den Angestellten die Zustimmung zu einer zehnprozentigen Gehaltsherabsetzung, Verschlechterung der Urlaubsbedingungen und Verkürzung der Kündigungsfristen. Eingeleitete Verhandlungen mit den Angestelltenverbänden führten, obwohl diese zu einem Entgegenkommen in der Urlaubsfrage bereit waren, zu keinem Erfolg. Daraufhin erfolgte in einer ganzen Anzahl von Betrieben die Massenkündigung von Angestellten, insgesamt rund 1000. Das Vorgehen des Unternehmertums ist um so rücksichtsloser, als es sich um einen glatten Tarifbruch handelt.

Der Kohlenarbeiterstreik in Amerika beigelegt.

Aus Amerika wird gemeldet, daß der seit vielen Wochen andauernde Streik im Anthrazitbergbau jetzt durch Vermittlung des Präsidenten Coolidge beigelegt worden ist. Die Löhne des gegenwärtigen Tarifes sollen andauern, und zwar mit der Maßgabe, daß neue Verhandlungen nur eröffnet werden sollen, wenn sie von beiden Parteien gewünscht werden.

Polizeibeamten-Versammlung.

Am 12. Februar hielt die Ortsgruppe Breslau des Verbandes Preußischer Polizeibeamten E. V. ihre Jahreshauptversammlung ab. Zu den allgemein schwebenden Beamtenfragen wurden folgende Entschließungen unter lebhafter Zustimmung einstimmig angenommen:

Entschließung 1. Aus der Besprechung des Herrn Reichsfinanzministers mit den Beamten-Spitzenorganisationen über die zukünftige Besoldungsregelung ist zu entnehmen, daß das Besoldungs-Sperrgesetz statt am 31. 3. 26 erst am 1. 4. 27 außer Kraft treten soll. Diese Maßnahme stellt einen erneuten Gewaltakt gegen die Beamtenschaft im allgemeinen, gegen die Polizeibeamtenschaft im besonderen dar. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß das gegebene Versprechen, das Besoldungs-Sperrgesetz am 31. 3. 26 aufzuheben, innegehalten wird und daß die Reichstagsfraktionen einer Verlängerung des Gesetzes nicht zustimmen.

Entschließung 2. Der Preußische Landtag hat durch eine Entschließung die Regierung beauftragt, die Polizeibeamtenschaft infolge ihrer verantwortlichen Aufgaben und ihrer besonderen Stellung im Staatsdienst höher einzugruppieren.

Die von der Regierung infolgedessen beabsichtigte Neuregelung der Polizeibeamten-Besoldung wird von der Polizeibeamtenschaft mit großem Interesse verfolgt, gleichzeitig aber auch mit großer Besorgnis erwartet. Die Ortsgruppe Breslau steht auf dem Boden der vom Verband 1924 herausgegebenen Denkschrift, die die Grundforderungen in besoldungstechnischer Hinsicht enthält. Die Anforderungen an die Polizei sind in der Nachkriegszeit bedeutend höher geworden und sind somit die in der Denkschrift herausgestellten Forderungen als bescheiden zu bezeichnen. Die Polizeibeamtenschaft glaubt ein Anrecht darauf zu haben, daß das Unrecht, welches ihr durch die Besoldungsregelung von 1920 angetan worden ist, wieder gut gemacht wird.

Der frühere Schutzmann stand in der Besoldungsklasse 8 der alten preußischen Besoldungsordnung und ist diese heute vergleichbar mit der Gruppe 5. Es ist daher ein billiges Recht, daß die Gruppe 5 die Eingangsstelle für den frontdienstuenden Polizeibeamten ist und dementsprechende Aufstiegsmöglichkeiten in die Spezialdienstzweige der Polizei gegeben werden.

Die Kriminalbeamten sind weit zurückgeblieben gegenüber denjenigen Beamtengruppen, die mit ihnen vergleichbar und gehaltlich gleich behandelt worden sind. Es ist auch dieses Unrecht an der Kriminalbeamtenschaft gut zu machen. Für eine Eingruppierung entsprechend ihres verantwortungsvollen Dienstes ist Sorge zu tragen, damit die Erfolgsmöglichkeit nicht in Frage gestellt wird. Auch der Dienst der Beamten im Polizeirevier (Innendienst) ist in der Folgezeit vielseitiger und verantwortungsvoller geworden, dem entsprechend bei einer Neueingruppierung Rechnung getragen werden muß. Gewisse Stellen scheinen sich der Aufgaben dieser Beamtengruppe nicht ganz bewußt zu sein. Entschieden muß dagegen Protest erhoben werden, daß die Neuregelung der Besoldung der Polizei etwa wieder von den Besoldungsverhältnissen bei der Reichswehr abhängig gemacht werden soll. Die Aufgaben der Polizei und Reichswehr sind grundsätzlich verschieden und kann demzufolge kein Vergleichsmaßstab zwischen Polizei und Reichswehr festgelegt werden.

Wenn der Reichstag letzthin die Reichsregierung beauftragt hat, eine wesentliche gehaltliche Besserstellung der Wehrmachtssoldaten vorzubereiten, so muß, da die Reichswehr heute bereits gegenüber der Schutzpolizeibeamtenschaft besser steht, der Polizeibeamtenschaft erst recht diese gehaltliche Besserstellung zuteil werden.

Diese gehaltliche Besserstellung der Polizei muß aber über die bisherige vergleichbare Regelung mit der Wehrmacht hinausgehen.

Die Polizeibeamtenschaft erwartet, daß sich alle verantwortungsvollen Stellen von der fortwährenden Einwirkung des Reichswehrministeriums auf die Besoldungsverhältnisse der Polizei frei machen und der Polizei, die die schwerste und auch verantwortungsvollste Stellung im Staatskörper einnimmt, zu ihrem Recht verhelfen.

Die Polizeibeamtenschaft erwartet ferner, daß die Neuregelung inbezug auf Beamtenrecht und Besoldung keine weitere Verzögerung erleidet, sondern daß mit tunlichster Beschleunigung beide Probleme endlich auch zur Zufriedenheit der Beamten verabschiedet werden. Die Bestrebungen der Berufsorganisation sind erfüllbar, sie tragen den dienstlichen Notwendigkeiten Rechnung. Darum, Regierung handle!

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 8. Februar 1 164 900. Die Abnahme gegen die Vorwoche beträgt 10 078 und gegen die gleiche Periode des Vorjahres 78 069.

Die Bergarbeiterverbände haben die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Kali-Industrie bei dem Reichsarbeitsministerium beantragt.

Europa bleibt der größte Abnehmer der Vereinigten Staaten.

Die Außenhandelsstatistik der Vereinigten Staaten für das Jahr 1925 zeigt, daß der größte Teil der amerikanischen Ausfuhrwaren von europäischen Ländern gekauft wird. Mehr als die Hälfte der Gesamtausfuhr im Werte von 2800 Millionen Dollar wurde von Europa gekauft, während Nordamerika Waren im Werte von 1140 Millionen, Südamerika 108 Millionen, Asien 485 Millionen, Australien 189 Millionen, Afrika 89 Millionen Dollar kaufte. Anders steht das Verhältnis in der Einfuhr. Der größte Lieferant der Vereinigten Staaten war Asien mit 1520 Millionen, während die Einfuhr aus Europa mit 1238 Millionen Dollar viel weniger als die Hälfte der amerikanischen Ausfuhr nach Europa ausmachte. Diese Lage entspringt aus der Veränderung seit dem Weltkriege, derzufolge die Vereinigten Staaten immer mehr als Käufer für Rohstoffe und Verkäufer für Fertigprodukte nach dem Ausland hervortreten. Aus Nordamerika kauften die Vereinigten Staaten Waren im Werte von 981 Millionen, aus Südamerika 519, aus Australien 78, aus Afrika 92 Millionen Dollar.

Rußlands Außenhandel mit seinen asiatischen Nachbarn.

Im Wirtschaftsjahre 1924/25 importierte die UdSSR. aus Japan Waren im Werte von 1 215 000 Rubeln. Da der Wert der in der gleichen Zeit nach Japan exportierten Waren 10 670 000 Rubel ausmacht, ist die Bilanz mit 9 455 000 Rubel aktiv. Nach der Türkei wurden Waren im Gesamtwerte von 10,64 Millionen Rubel exportiert bei einer Einfuhr Rußlands aus der Türkei im Werte von 3 739 000 Rubel, sodaß die Aktivität der Handelsbilanz mit der Türkei demnach 6 313 000 Rubel zugunsten der UdSSR. beträgt. Aus Persien wurden Waren im Werte von 30,71 Millionen Rubel importiert und 28,66 Millionen Rubel Waren nach Persien gesandt, sodaß für Rußland ein Passivum von 22,05 Millionen Rubel entstand. Nach China und der Mongolei betrug die Ausfuhr 11,8 Millionen, die Einfuhr von dort 20,44 Millionen, sodaß sich hier ein Passivum von 8 635 000 Rubel zu Ungunsten der UdSSR. ergab.

Ueber 3000 französische Automobile für Deutschland.

Die französische Automobilindustrie hat sich im Jahre 1925 dank des letzten Frankenstandes außerordentlich günstig entwickeln können. Es wurden 16 213 Automobile im Werte von 159 081 000 Franken, gegenüber 14 249 im Jahre 1924, eingeführt und 56 689 Automobile im Werte von 1 927 816 000 Franken ausgeführt, gegenüber 43869 Automobilien im Werte von 1 365 306 000 Franken im Vorjahre. Deutschland hat im Jahre 1925 von Frankreich eine ganze Menge Automobile bezogen, jedoch so gut wie gar keine Wagen nach Frankreich geliefert. An Personenkraftwagen bezog Deutschland von Frankreich 2713 Stück, an Lastkraftwagen 568 Stück, insgesamt also über 3000 Kraftwagen. Der Hauptabnehmer für französische Automobile war sonst noch England mit 12 564 Stück, Spanien mit 8113 Stück und Algier mit 5926 Stück.

Rückgang der Wareneinfuhr nach der Schweiz. Die schweizerische Statistik meldet einen Rückgang in der Wareneinfuhr nach der Schweiz von 251 Millionen Franc im Dezember 1925 auf 199,7 Millionen Franc. Im Januar 1925 betrug die Einfuhr rund 223 Millionen Franc. Die Ausfuhr senkte sich auf 123,7 Millionen Franc gegenüber 156,4 Millionen im Dezember 1925 und 163,4 Millionen im Januar 1925. Der Export nach Deutschland ging von 26,2 Millionen im Dezember 1925 auf 14,1 Millionen im Januar 1926 zurück. Durch diese Entwicklung hat sich der Passivsaldo in der schweizerischen Handelsbilanz von rund 95,6 Millionen im Dezember auf 76 Millionen im Januar 1926 verringert.

Steigende Biererzeugung. Die Biererzeugung ist nach jüngst vorgenommenen statistischen Erhebungen in den meisten Ländern im Steigen begriffen. Wie aus dem Vergleich der Produktionsziffern für die Jahre 1923 und 1924 ersichtlich ist, stieg die deutsche Bierproduktion von 30 Millionen Hektoliter im Jahre 1923 auf 37,7 Millionen Hektoliter im Jahre 1924, die Biererzeugung in der Tschechoslowakei von 6 auf 8,1 Millionen Hektoliter, die Deutsch-Oesterreichs von 3,5 auf 4,6 Millionen Hektoliter, während sich die englische Produktion von 31,7 auf 34,9 Hektoliter erhöhte. Im Jahre 1925, für das die endgültigen Ziffern noch nicht vorliegen, dauerte die Steigerung der Produktion noch weiter an. Dank der erhöhten Biererzeugung sind auch die Preise für Hopfen gestiegen.

Arbeitsrechtliche Rundschau.

1. Die Torkontrolle.

In etlichen Betrieben pflegen die Arbeiter beim Verlassen der Arbeitsstätte körperlich durchsucht, an der Torpassage kontrolliert zu werden. Sind sie rechtlich verpflichtet, sich eine solche Torkontrolle gefallen zu lassen? Selbstverständlich muß eine jede Vertragspartei die Verpflichtungen erfüllen, die für sie vorgesehen sind. Enthält also der Arbeitsvertrag oder eine für den Arbeitnehmer maßgebende Arbeitsordnung eine Durchsuchungspflicht, so muß sie befolgt werden. Liegen aber irgendwelche vertraglichen Bindungen nicht vor, so kann die Torkontrolle nur ausgeübt werden, wenn sie den Umständen angemessen ist. (Vgl. Kastel: Arbeitsrecht 1925, S. 75.) An sich hat jeder Arbeitnehmer das gute Recht, daß man ihn durch mißtrauische Maßnahmen nicht kränkt. Nur wenn er selbst Anlaß zu Mißtrauen gegeben hat oder die Art des Betriebes Kontrollvorrichtungen unbedingt erforderlich erscheinen läßt, muß er sich der Durchsuchung unterwerfen.

2. Gehaltspfändungen bei Vätern unehelicher Kinder.

Vor einiger Zeit ist die Pfändung des Arbeitslohnes hier behandelt worden. Dabei ist schon angedeutet worden, daß für gewisse Fälle Ausnahmevorschriften bestehen. Eine solche Ausnahme ist vorgesehen, wenn der Arbeitnehmer einem unehelichen Kinde Unterhalt zu zahlen hat. Unterhaltsforderungen solcher Kinder können nämlich ohne Rücksicht auf die Pfändbarkeit des Arbeitslohns unbeschränkt beigetrieben werden. Aber diese Bevorzugung kommt nur für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das der Klageerhebung vorausgehende Vierteljahr in Betracht. Für ältere rückständige Unterhaltsforderungen der unehelichen Kinder gelten dagegen die allgemeinen Pfändungsbeschränkungen; insoweit ist das Gehalt also bis zu 30 Mark wöchentlich und einem Drittel oder einem höheren Bruchteil des eventuellen Mehrbetrages pfändungsfrei. Soweit jedoch der Arbeitslohn zugunsten der unehelichen Kinder unbeschränkt pfändbar ist, also für die Zeit nach Klage und das letzte Vierteljahr vor Klage, muß immerhin bei Beitreibung berücksichtigt werden, daß der Schuldner seinen Lohn soweit behält, als er ihn für seinen notdürftigen Unterhalt und zur Erfüllung seiner gesetzlichen Unterhaltsforderungen gegenüber Verwandten, seiner Ehefrau oder früheren Ehefrau für die laufenden und für die im letzten Vierteljahr vor der Klage zu entrichtenden Beträge braucht. Kurz gesagt: Wegen Alimentenforderungen unehelicher Kinder kann Gehalt oder Lohn für die Zeit nach Klage und ein Vierteljahr vorher unbeschränkt gepfändet werden; aber die gesetzlichen Unterhaltsansprüche der Verwandten und Ehegatten für die gleiche Zeit gehen vor; außerdem muß der Schuldner seinen notdürftigen Unterhalt bestreiten können. Wegen älterer Alimentenforderungen gelten die Pfändungsbeschränkungen.

3. Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter.

Die Verordnung über Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter ist am 2. Januar 1926 (RGBl. S. 5) neu gefaßt worden.

4. Neue Bestimmungen in der Erwerbslosenfürsorge.

Von den neuen Erwerbslosenunterstützungssätzen, die für die Zeit vom 14. Dezember 1925 bis 1. Mai 1926 durch den Reichsarbeitsminister festgesetzt worden sind, war bereits mehrfach hier die Rede. Die einzelnen Beiträge für die drei Wirtschaftsgebiete Osten, Mitte, Westen, für Personen über und unter 21 Jahren sowie für Familienzuschläge, sind aus dem Reichsarbeitsblatt zu ersehen.

Die Erwerbslosenfürsorge-Verordnung ist durch Gesetz vom 17. Januar 1926 (RGBl. S. 89) geändert. Der Reichsarbeitsminister kann die Beschäftigung von Arbeitnehmern, deren Arbeitsverdienst über die Grenzen der Krankenversicherungspflicht hinausgeht, für beitragspflichtig erklären oder diese Arbeitnehmer zu freiwilligen Beiträgen zulassen. Soweit Arbeitnehmer nicht gegen Krankheit pflichtversichert sind, bestehen die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge in Bruchteilen des Arbeitsverdienstes, der eventuell nicht voll zugrunde gelegt wird. Die Art der Erhebung solcher Beiträge bestimmt der Reichsarbeitsminister. Daraufhin ist unter dem 21. Januar 1926 (RGBl. S. 96) die siebente Ausführungsverordnung zur Erwerbslosenfürsorge ergangen. Sie sieht die Anwartschaft auf Erwerbslosenfürsorge für nach dem Angestelltenversicherungsgesetz, aber nicht nach der Reichsversicherungsordnung gegen Krankheit Pflichtversicherte Angestellte vor und erklärt diese Angestellten und ihre Arbeitgeber für beitragspflichtig. Die Beiträge, für deren Berechnung die obere Grenze der Krankenversicherungspflicht als wirklicher Arbeitsverdienst zugrunde gelegt wird, sind an die Krankenkassen zu entrichten, bei denen die Angestellten für den Fall der Krankheit pflichtversichert wären, wenn ihr Arbeitsverdienst nicht über die Grenze der Krankenversicherungspflicht hinausginge. Die Angestellten sind anzumelden, bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses vom Arbeitgeber abzumelden.

Die fünfte Ausführungsverordnung zur Erwerbslosenfürsorgeverordnung ist unter dem 18. Januar 1926 (RGBl. S. 93) neu gefaßt worden. Sie regelt die Beitragsfreiheit gewisser Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, von Hausgehilfen und ländlichem Gesinde, das in die Hausgemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen ist, von Arbeitnehmern in der Partenfischerei und von Beschäftigungen auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens zweijähriger Dauer.

Durch die sechste Ausführungsverordnung zur Erwerbslosenfürsorgeverordnung vom gleichen Tage (RGBl. S. 92) ist bestimmt, daß die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge vom 1. Februar 1926 ab aus Bezirksanteilen für die Bezirke der Landesämter für Arbeitsvermittelung bestehen, und aus einem Reichsanteil, der für Zwecke des Reichsausgleichs an die Reichsarbeitsverwaltung abzuführen ist und hier in einer Reichsausgleichskasse gesondert verwaltet wird. Deckt in einem Monat das Aufkommen aus dem Bezirksanteil den Aufwand für den Bezirk des Landesamts für Arbeitsvermittelung nicht und sind vorher mindestens einen Monat lang die höchsten zulässigen Beiträge erhoben worden, so wird der Fehlbetrag aus der Reichsausgleichskasse erstattet. Diese Kasse soll einen Bestand aufweisen, der zur Unterstützung von 200 000 Erwerbslosen für drei Monate erforderlich ist. Erst wenn die Kasse erschöpft ist, tritt die Beihilfepflicht von Reich und Ländern für die Erwerbslosenfürsorge ein.

5. Doppelarbeit und Arbeitszeitgesetz.

Durch die Arbeitszeitverordnung ist bekanntlich grundsätzlich der Achtstundentag mit gewissen Durchbrechungen eingeführt. Ist er auch für sogenannte Doppelarbeit von Arbeitnehmern einzuhalten? Man wird die Frage mit Potthof (Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, 1925, S. 689) bejahen müssen. Die gesundheitlichen und kulturellen Gründe, die eine Beschränkung der Arbeitszeit erforderlich machen, sind dieselben, mag der Arbeitnehmer bei einem Arbeitgeber beschäftigt sein in Doppelarbeit für mehrere Unternehmer tätig sein. Der letzte Arbeitgeber, der von der Vorbeschäftigung des Arbeitnehmers weiß oder wissen muß, macht sich strafbar, wenn er ihn über die zulässige Gesamtzeit hinaus beschäftigt. Vereinbarung unzulässiger Gesamtarbeitszeit ist rechtlich unwirksam.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Erweiterter Parteivorstand Breslau- (Land-) Neumarkt.

Donnerstag, den 25. Februar, abends 6 Uhr, findet im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses eine

erweiterte Vorstandssitzung

statt.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den unverschämten Forderungen der ehemaligen Fürsten. Redner noch unbestimmt.
2. Die praktische Durchführung des Volksbegehrens. Redner Genosse Schiffer.
3. Verschiedenes.

Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Im Behinderungsfalle ist unbedingt ein Vertreter zu entsenden.

F. A.: G. Schiffer.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsverein Hartlieb-Krietern-Klettendorf.

Achtung, Gruppenführer! Die neue Reichsbannerzeitung ist umgehend beim Kassierer abzuholen. Ebenso sind die verkauften Zeitungen und Marken sofort abzurechnen.

Wie bekannt, veranstalten wir am Sonnabend, 20. Februar, in Kramers Festsälen in Hartlieb ein kameradschaftliches Wintervergnügen, verbunden mit großem Maskenball. Einlaß 6 Uhr, Beginn 7 Uhr. Arbeitslose Kameraden zahlen nur die Hälfte des Eintrittspreises. Bedingung: als Ausweis Stempel- und Mitgliedskarte. Alle Republikaner sind dazu eingeladen.

Der Vorstand.

Ortsgruppe Carlowitz-Schottwitz.

Freitag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, Monatsversammlung bei Prescher in Schottwitz. Sämtliche Mitglieder haben, wegen sehr wichtiger Besprechungen, vollzählig zu erscheinen.

Der Bannerführer.

Abteilung Nord, Landkreis Breslau.

Sonntag, den 21. Februar, Ausmarsch der gesamten Abteilung Nord des Landkreises Breslau nach Tawallen zwecks Gründungsfeier der dortigen Ortsgruppe. Die Banner Oswitz, Rosenthal, Carlowitz stehen um 3½ Uhr nachmittags, pünktlich, am Wasserturm in Carlowitz. Banner Scholtwitz um 4 Uhr an den Scholtwitzer Mühlenwerken. Sämtliche Kameraden, sowie die gesamten Kapellen haben vollzählig zu erscheinen.

Der Abteilungsführer.

Hartlieb. Ein Familien-Abend, veranstaltet von der evangelischen und katholischen Schule Hartlieb, vereinigte am 13. Februar in den Kramer'schen Festsälen die Elternschaft hiesigen Ortes. Die Darbietungen der beiden Schulen und der Fortbildungsschule fanden den lebhaftesten Beifall. Der Abend nahm in jeder Beziehung einen durchaus harmonischen Verlauf, und jeder Besucher ging mit vollster Befriedigung heim. Es war rührend, mit welcher Hingabe und welchem Eifer die Schüler ihr Bestes gaben, und manches Vater- und Mutterherz schlug höher bei dem Anblick seines Lieblings auf der Bühne, der berechtigten Stolz in den Herzen der lieben Eltern weckte. Daß die jungen Darsteller sich ihrer Bedeutung an diesem Tage bewußt waren, sei ihnen verständnisinnig nicht verargt. Der von Frau Lehrer Piontkowitz-Hartlieb einstudierte Märchenreigen „Sonne, Mond und Sterne" sei aus der Fülle der durchweg sehr guten Darbietungen besonders hervorgehoben und der Schüler Zock darf auf seine prächtig gelungene „Mond"-Rolle mit Recht stolz sein. Die einübenden Lehrkräfte der Schulen buchen den schönen Erfolg, das Interesse der Elternschaft für die Schulen in reichem Maße befruchtet zu haben. Sie haben mit seltenem Fleiß und Eifer die Vorbereitungen durchgeführt.

Malkwitz. Generalversammlung der SPD. Am 13. Februar fand hier im Lokal von Herfurt die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe der SPD. statt, welche erfreulicherweise sehr gut von Mitgliedern, als auch von Freunden unserer Partei besucht war. Punkt 1 der Tagesordnung, Vortrag des Parteisekretärs Genossen Schiffer über „Erwerbslosenelend und Fürstenabfindung" wurde in überaus lebendiger und für jedermann ueberzeugungstreuer Weise behandelt, wofür dem Referenten am Schluß allseitiger Beifall gespendet wurde. Punkt 2: Neuwahl des Ortsgruppenvorstandes. Zum Vorsitzenden wurde, da es die demnächst zu erwartende dienstliche Versetzung des langjährigen Vorsitzenden, Genossen Kionke, erforderlich macht, Genosse Gerlitz-Malkwitz gewählt. Als Kassierer und Beisitzer wurden die ebenfalls schon mehrere Jahre tätigen Genossen Hentschel, Obst und Münch, Paul, gewählt. Genosse Kionke schloß die anregend verlaufene Versammlung mit dem Appell zur fördernden und tätigen Mitarbeit an der Sache des Proletariats und forderte die zahlreich anwesenden Nichtmitglieder zum Eintritt in die Partei, sowie zum Lesen der Parteipresse auf. Als Resultat konnten 8 Neuaufnahmen gebucht werden.

Domslau. Milde Strafe. Vor längerer Zeit wurde der Schüler Erwin Scholz, dessen Vater gefallen ist, von dem Wirtschaftseleven Hauke von hier dermaßen geschlagen, daß der Arzt eine schwere Körperverletzung feststellte. Der Junge hat zum Teil die Sehkraft des einen Auges eingebüßt, obwohl er nichts anderes getan hat, als daß er an einem Dampfpflug etwas herumhantierte. Nun fand vor einigen Tagen der Termin statt und erhielt der Angeklagte drei Tage Gefängnis und 15 Mark Geldstrafe. Genannte Strafe erscheint uns sehr niedrig, aber es ist ja auch bloß ein Schuljunge, dessen Vater den Heldentod starb. Die Klage ging vom Vormund aus.

Steine. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Banner Herrmann). Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 1,30 Uhr, Abmarsch nach Zindel zur Gründung einer Ortsgruppe daselbst. Trommler und Pfeifer 1 Uhr zur Stelle im Vereinslokal. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht eines jeden Kameraden.

Neumarkt. Wie sieht die Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen im Kreise Neumarkt aus? Der Kreistag nahm u. a. auch zu der durch die Wirtschaftskrise vorhandenen Erwerbslosigkeit Stellung und beriet Mittel und Wege, die zur Linderung der Not beitragen könnten. Nun hören wir, daß an der Uferregulierung der Weistritz bei Rathen (Kreis Neumarkt) 30 Strafgefangene aus Schweidnitz zur Ausführung der Arbeiten Verwendung finden. Gegen eine derartige Zurücksetzung der Erwerbslosen des Kreises erheben wir schärfsten Widerspruch. Wie wir weiter hören, soll der Gemeindevorsteher den Landrat des Kreises rechtzeitig in Kenntnis gesetzt haben. Wir fragen an: „Was hat die Kreisbehörde für Gegenschritte eingeleitet?"

Neumarkt. Berichtigung. Der Landrat des Kreises Neumarkt meint, unser Artikel vom 13. Februar „Wie sieht die Fürsorge im Alter aus?" erwecke den Anschein, daß im Kreise Neumarkt die Unterstützungssätze herabgesetzt worden seien. Es seien aber seit dem 1. Januar 1926 für die fraglichen Zwecke 45 000 Mark mehr aufgewendet worden. Das sollte durch den Artikel nicht bestritten werden. Worauf es uns ankam, das war lediglich der Nachweis, daß die gezahlten Sätze, die den Richtsätzen des mittelschlesischen Landkreistages entsprechen, wie es ja der Herr Landrat auch selber als Folge der ungünstigen Wirtschaftslage beklagt, zu niedrig sind, um ein auch noch so bescheidenes Auskommen sicherzustellen. Wir dürfen danach hoffen, daß er seinen Einfluß in der Richtung auf eine Verbesserung jener Richtlinien und eine Erhöhung der fraglichen Sätze geltend machen und uns dadurch unsere Aufgabe erleichtern wird.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele * * Mittwoch, den 17. Februar, 4, 6 und 8 Uhr * Freitag, den 19. Februar, 6 und 8 Uhr

Großfilm: **„Unter Perlenfischern auf Hawaii"**

Beiprogramm: **Buster Keaton als Sträfling**

Preise: Kinder und Erwerbslose, Mittwoch 4 Uhr, Sondervorstellung 25 Pfennige einschließlich Steuer * Sazplatz 50 Pfennige, Balkon 75 Pfennige einschließlich Steuer

Familien-Anzeigen

Am 16. Februar entschlief nach kurzem, schwerem Leiden unser

Pförtner

Herr Julius Menzel

im 57. Lebensjahre.

In nahezu 30jähriger Tätigkeit hat der Verstorbene mit vorbildlicher Pflichttreue seine Dienstobliegenheiten versehen.

Wir werden ihm, der sich durch sein freundliches, bescheidenes Wesen die Zuneigung aller Betriebsangehörigen erworben hat, stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

J. Schwerin & Söhne A.-G.

10705 **Breslau 24.**

Am 16. Februar starb nach kurzem, schwerem Leiden nach fast dreißigjähriger Tätigkeit der

Portier

Herr Julius Menzel

im Alter von 56 Jahren.

Sein ehrenwerter Charakter sowie sein bescheidenes und freundliches Wesen werden wir stets in Ehren halten. 10706

Die kaufmännischen und technischen Angestellten der J. Schwerin & Söhne A.-G., Breslau 24, Gräbschener Straße 239.

Am 11. Februar verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied 1318b

Simon Matuszak

im Alter von 48 Jahren.

Ein dauernes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Begräbniskasse „Arbeiterheil".

Die Beerdigung der Urne findet Freitag, den 19. Februar, nachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbschener Friedhofes aus statt.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 16. Februar meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Martha Lengsfeld

geb. **Bunk**

im blühenden Alter von 30 Jahren. 3281

Breslau, den 18. Februar 1926
Bartschstr. 12.

In tiefer Trauer:

Alfred Lengsfeld

nebst Kindern Gerda und Margot.

Beerdigung: Freitag, den 19. Februar, nachm. 3½ Uhr, von der Kapelle des Pohlanowitzer Friedhofes aus.

Am 15. Februar verschied nach langem Leiden der **Mechaniker-Lehrling**

Albin Schröter

im Alter von 17 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Belegschaft der Firma Hydrometer

Beerdigung: Donnerstag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhofe in Gräbschen. 1311b

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Anteilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des **Werkführers**

Gustav Rampold

sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Mitbewohnern des Hauses Weinstraße 71, den Beamten und Kollegen der Werkstättenämter Breslau und Oels unseren herzlichsten Dank. 100

Breslau, Wendstadt, Oels und Lossen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Unser Geheimnis!

1000 Haar-Hüte fehlerfreie pa. Qualität, durchweg **7.90**

Ein Riesen-Posten Woll-Hüte 4.90 reguläre gute Qualität . . . .

Mützen für Herren und Knaben in fabelhaft großer Auswahl zu staunend billigen Preisen

Inserate erzielen in unserer Zeitung — den größten Erfolg! —

Manneberg Reuschestraße 1, II Eingang Herrenstr.

Total-Ausverkauf

wegen Auflösung meines Etagengeschäftes

Reuschestraße 1, II

Bett-Tücher	gedieg., derbes Gewebe, 130/200	3.25
1 fertiges Inlett	federdicht, säureecht, 9.00	8.00
Bett-Bezüge	weiß, prima Ware, 2 Meter lang	4.00
2 weiße Bett-Bezüge	mit vier Kissen	13.50
Damast-Bezüge	sow. Wallis, i. guter Qual., 1 Deckb., 2 Kiss.	14.50
Klubwesten	reine Wolle, für Erwachsene, 6.00, 5.00	4.00
Arbeitshosen	dicke Ware . 4.50, 4.00	3.50
Kaffeegedeck	in schöner Qualität, mit 6 Servietten	2.75
Damasthandtücher	pa. Leinenqual., z. Aussuch. St.	0.95
Wischtücher	50x50, rot und blau kariert, Stück	0.30
Hemdhose	aus gutem Hemdentuch, in modernen Formen. . . . . Stück	2.40
Prinzeßröcke	in gedieg. Qualit., m. schöner Garnierung . . Stück 4.50	2.75
Damenhemd	mit reichh. Stickerei Stück 2.50, 1.75	1.25

Nur ganz kurze Zeit! 10707

Beginn des Ausverkaufs Freitag, den 19. Februar.

Schnürsenkel, 2—10 Pf., **Lippert,** Heinrichstr. 16. 3127

B. Wollsorge

Mtr. 1.40—2.00 Mk., Köper Mtr. 70 Pf., Leinwand Mtr. 45 Pf. bis 1.30 Mk., Aermelfutter 90 Pf. bis 1.30 Mk., Garn 1000 Meter in allen Marken 40 bis 90 Pf. Kernseife 700 Gramm 65 Pf.

Berthold Lippert,
Heinrichstraße 16.

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. s. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige.

1 neuer Schrank, 2türig, 2 Bettstellen zu verkaufen Posener Str. 45, Hth., pt. rechts.

Kaufrm.-Lehrling, gut erh., bill. z. verk. Geilhornstr. 24, 3. r.

Fleisch- u. Wurstwaren

kaufen Sie gut und billig in **Webners** Verkaufsstellen:

Eisenstraße 48
Fischergasse 2
Hirschstraße 50
Matthiasstraße 104
Paulinenstraße 24
Rehdiger Platz 1
Ritterhalle Stand 164
Sedanstraße 31
Carlowitz, an der Hindenburg-Brücke

Rindfleisch ohne Knochen	Pfd.	93 Pf.
Rindfleisch nur junge Ware	„	80 „
Kalbfleisch	„	100 „
Schweinefleisch, ohne Beilage	„	100 „
Gehacktes Rindfleisch	„	80 „
Speck und Lungenfett	„	110 „
Speckleberwurst	¼ Pfund	15 „
Knoblauchwurst	¼ Pfund	20 „
Polnische	¼ Pfund	25 „
Preßwurst	¼ Pfund	30 „
Hausm.-Leberwurst	¼ Pfund	35 „
Zervelat- u. Braunschw.	¼ Pfund	40 „
Delikateß-Leberwurst	¼ Pfund	45 „
Kochwurst	¼ Pfund	45 „
Räucherfleisch	¼ Pfund	35 „

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse des Sprachschrankens! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.

Sei kein Tor beuge vor nimm **Dr. Schröder's AUFBAUSALZ**

Wissenschaft und Nährsalzfrage.

5. Die führenden Physiologen Professor Dr. Albu und Neuberg schreiben:
„Es hat sich erwiesen, daß die Salze durchaus keine unwesentlichen und passiv mitgeschleppten Begleiter der organischen Nährstoffe sind; sie spielen vielmehr eine eminent aktive Rolle bei der Ausnutzung der Gesamtnahrung und gerade der anorganischen Nährstoffe. Wenn auch in ganz anderer Richtung als der letzteren, sind auch die Salze Träger von Energie, welche im Körper in Bewegung umgesetzt wird. Diese Erkenntnis ist eine der reifsten Früchte . . . . . ."

TÄGLICH 2 × 1 PRISE Dr. SCHRÖDER'S AUFBAU-SALZ = 1 GANZES LEBEN JUGEND

Groß-Kur M. 3.—, Klein-Kur M. 1.20
in allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Generalvertrieb: **Felix Mittmann,**
Breslau 1, Ohlauerstr. 81, Amt Ohle 1919